

Stadt Ebersberg

Sachlicher Teilflächennutzungsplan (STFNP) „Windkraft“ - 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Ebersberg

Anlage

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Postauslauf am 22.05.2023

A) Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben sich im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB nicht geäußert, sodass von Einverständnis mit der Planung ausgegangen werden kann:

Nr.	Behörde
5	Landratsamt Ebersberg, Wasserrecht
8	Landkreis Ebersberg, Landrat Niedergesäß
9	Kreisheimatpflegerin, Frau Niemeyer-Wasserer
12	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
14	Bayerischer Bauernverband
15	Amt für ländliche Entwicklung
17	Kreisbrandinspektion Ebersberg
18	Polizeiinspektion Ebersberg
19	Kreisjugendring Ebersberg
20	Evang.-Luth. Pfarramt
21	Kath. Pfarramt
26	MVV, K21, München
29	DFMG Deutsche Funkturm GmbH
31	Bayernwerk AG, Netzcenter Ampfing
33	E.on Netz GmbH
34	Stadt Grafing
36	Gemeinde Forstinning
38	Gemeinde Steinhöring
39	Gemeinde Anzing
40	Gemeinde Frauenneuharting
41	Bund Naturschutz Ebersberg

- 43 Landesjagdverband
- 44 Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
- 48 DB RegioNetz
- 54 Ericsson Services GmbH
- 57 Regierung von Oberbayern, Gewerbeaufsichtsamt
- 62 Bay. Waldbesitzerverband e.V.

B) Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben der Planung ohne weitere Hinweise, Anregungen und Einwendungen zugestimmt:

Nr. Behörde

- Landratsamt Ebersberg, Gesundheitsamt, Schreiben vom 24.05.2023
- Landratsamt Ebersberg, Kreishochbau und Liegenschaften, Schreiben vom 23.05.2023
- 6 Landratsamt Ebersberg, Untere Immissionsschutzbehörde, Schreiben vom 22.06.2023
- 7 Landratsamt Ebersberg, Altlasten, Schreiben vom 12.06.2023
- 22 Erzbischöfliches Ordinariat München, Schreiben vom 15.06.2023
- 23 IHK für München und Oberbayern, Schreiben vom 16.06.2023
- 24 Handwerkskammer für München und Oberbayern, Schreiben vom 05.06.2023
- 25 Kreishandwerkerschaft Ebersberg, Schreiben vom 31.05.2023
- 28 Vodafone GmbH, Schreiben vom 20.06.2023
- 30 Energienetze Bayern GmbH & Co. KG, Schreiben vom 21.06.2023
- 35 Marktgemeinde Kirchseeon, Schreiben vom 14.06.2023
- 37 Gemeinde Hohenlinden, Schreiben vom 22.06.2023
- 46 Deutsche Bahn AG, Schreiben vom 22.06.2023
- 49 Eisenbahnbundesamt, Schreiben vom 22.06.2023
- 50 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Schreiben vom 22.05.2023
- 52 Bayerische Staatsforsten AöR, Schreiben vom 15.06.2023
- 61 Bayernets GmbH, Schreiben vom 23.05.2023

C) Folgende Behörden haben eine Stellungnahme abgeben und Hinweise, Einwendungen oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

Ergänzte Stellungnahmen:

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
4	Landratsamt Ebersberg, Untere Naturschutzbehörde	06.07.2023	<p>die Stadt Ebersberg möchte durch die Aufstellung d. Teilflächennutzungsplans die Errichtung von Windkraftanlagen mittels Konzentrationszonen und der damit verbundenen Wirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB steuern. Die Errichtung von Windenergieanlagen wird dabei auf die ausgewiesenen Konzentrationszonen beschränkt. Mit Hilfe der TB Markert Stadtplaner & Landschaftsarchitekten wurde dazu ein Planungskonzept entwickelt. Das Ansinnen der Stadt Ebersberg, ein Steuerungsinstrument zur Errichtung von Windkraftanlagen auf Ebene des FNP zu entwickeln, wird zunächst aus naturschutzfachlicher Sicht grundsätzlich begrüßt. Dem Standortkonzept liegen mehrere Übersichtskarten bei. In der Zusammenschau kommt der „Flächenübersicht nach Anwendung der harten Ausschlusskriterien“ (Karte 1347-1-1) u.E. die höchste Bedeutung zu. Hier werden im Ergebnis der Konzentrationsplanung sieben Zonen dargestellt mit einem Gesamtpotential von 571,6 ha.</p> <p>Die Standortsuche nach geeigneten Flächen für den Ausbau der regenerativen Energien ist der UNB nicht neu. Bitte haben Sie Verständnis, dass aufgrund der großflächigen Ausweisung der Konzentrationszonen keine konkrete Stellungnahme der UNB zu den einzelnen Bereichen erfolgen kann. Eine naturschutzfachliche Beurteilung kann aufgrund der kleinen Übersichtskarten und der nicht weiter präzisierten Standorte innerhalb der Konzentrationszonen nicht ansatzweise erfolgen. Sie muss immer dem Einzelfall vorbehalten bleiben.</p> <p>Besonders deutlich wird die Notwendigkeit einer Einzelfallprüfung bei näherer Betrachtung des „harten“ Ausschlusskriteriums „Gesetzlich geschützte Biotope“ (vgl. Begründung S. 27/84). Im vorliegenden Konzept wurde zur Darstellung dieses Kriteriums die Biotopkartierung herangezogen. Diese Vorgehensweise ist aus unserer Sicht zur Abbildung sämtlicher gesetzlich geschützter Biotope im Änderungsbereich jedoch gänzlich ungeeignet, da nur ein Bruchteil dieser Flächen in der Biotopkartierung erfasst ist.</p> <p>An einer Einzelfallbetrachtung geht aus unserer Sicht kein Weg vorbei, um das Vorliegen eines gesetzlich geschützten Biotops oder eines gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteils festzustellen</p>	<p>Kenntnisnahme. Zusammenfassung der Planung</p> <p>Den Einwendungen wird teilweise gefolgt.</p> <p>Der sachliche Teilflächennutzungsplan Wind wird auf Ebene der strategischen Bauleitplanung erstellt. Eine Detaillierung der Standorte erfolgt auf dieser Planungsebene noch nicht. Auf der vorliegenden Planungsebene wird dementsprechend eine Einschätzung der betroffenen Belange vorgenommen, die konkreten Auswirkungen von Windkraftanlagen sind im Rahmen des Windparklayouts zu berücksichtigen und dann und zu prüfen. Die erwarteten Umweltauswirkungen der Konzentrationszonen werden zudem im Umweltbericht betrachtet. Sollten sich bei der Standortwahl Konflikte mit den Belangen von Natur und Landschaft ergeben, die auf der vorliegenden Planungsebene noch nicht bekannt sind bzw. bekannt sein können, sind diese im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Auf die Verfahrenserleichterungen gem. WindBG wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.</p> <p>Die gesetzlich geschützten Biotope, sind aus den vorliegenden Daten der LfU entnommen (amtlich kartierte Biotope). Weitere Daten liegen nicht vor. Im Falle eines Vorkommens eines §30 Biotops innerhalb eines Windkraftanlagenstandorts, ist dieses fachgerecht zu kartieren. Aufgrund der</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>bzw. ausschließen zu können. Wir empfehlen in diesem Zusammenhang, die der Konzentrationsplanung zugrundeliegende Methodik nochmals zu überdenken.</p>	<p>etwaigen Unvollständigkeit der Daten zu Biotopen werden diese als weiches Kriterium gewertet und die Hinweise zu bislang nicht kartierten aber gesetzlich geschützten Biotopen als Restriktion in die Begründung aufgenommen.</p>
			<p>In der Gesamtbeurteilung sehen wir in der vorliegenden Änderung d. Flächennutzungsplans eine Arbeitsgrundlage und eine klare Willensbekundung für den Ausbau der Windkraft in Ebersberg. Aufgrund der mangelnden Detailschärfe kann der Teilflächennutzungsplan jedoch allenfalls eine grobe Übersicht zeigen. Die Ausweisung der Konzentrationszonen entbindet den Vorhabensträger und die Stadt Ebersberg u.E. nicht, in jedem gesonderten Einzelfall die Belange des gesetzlichen Natur- und Artenschutzes zu prüfen und zu beachten.</p>	<p>Kenntnisnahme. Bei der Benennung genauer Standorte innerhalb der Konzentrationszonen ist vor allem der Naturschutz im detaillierten Maßstab nachzuprüfen. Der Artenschutz wird im beiliegenden Umweltbericht behandelt und kann gem. §6 WindBG auf nachfolgender Planungsebene entfallen, sofern die ausgewiesenen Flächen als Windenergiegebiete gewertet werden..</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
58	Regierung von Oberbayern Höhere Naturschutzbehörde	12.07.2023	<p>vielen Dank für die Beteiligung. Wie von der höheren Landesplanungsbehörde angekündigt, wird die naturschutzfachliche Stellungnahme im Folgenden nachgereicht.</p> <p>1 Anlass Die Stadt Ebersberg ändert den Flächennutzungsplan zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen (KF), mit dem Ziel die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) im Stadtgebiet zu steuern. Bereits im März 2013 wurde für den Landkreis Ebersberg ein interkommunaler sachlicher Teilflächennutzungsplan aufgestellt, um eine einheitliche Planungsgrundlage für die Steuerung von WEA zu schaffen. Die aktuellen Konzentrationsflächen (dargestellt im Umweltbericht von TB Markert, Stand: 10.01.2023) sind nicht ganz deckungsgleich mit den Konzentrationsflächen von 2013 (dargestellt im Umweltbericht von Brugger, Stand: März 2013). Für die hNB ist nicht erkennbar, inwieweit auch die informellen Potentialflächen Windenergiegebiete im Sinne des § 2 WindBG darstellen. Falls diese Flächen Windenergiegebiete gem. § 2 WindBG sind, so gelten die folgenden Ausführungen entsprechend.</p>	<p>Kenntnisnahme. Zusammenfassung der Planung</p>
			<p>2 Allgemeine naturschutzfachliche Einschätzung Gesetzliche Sonderregelungen für die Genehmigung von Windenergieanlagen in ausgewiesenen Windenergiegebieten nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz vom 22.03.2023 Gemäß § 6 WindBG gelten für Genehmigungsverfahren für WEA in ausgewiesenen Windenergiegebieten folgende Verfahrenserleichterungen: - Es ist keine UVP und keine saP-Prüfung erforderlich. - Es ist keine artenschutzrechtliche Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich. - Die Genehmigungsbehörde legt auf der Grundlage vorhandener Daten geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen zum Schutz von betroffenen Arten fest. - Soweit keine ausreichenden Daten vorliegen oder keine geeigneten und verhältnismäßigen Schutzmaßnahmen verfügbar sind, hat der Anlagenbetreiber jährliche Geldzahlungen für Artenschutzprogramme an den Bund zu leisten. Die Sonderregelungen gelten (vorerst) für alle Genehmigungsverfahren, die bis zum 30.06.2024 beantragt werden.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt Ob für die Ausweisung von Konzentrationszonen die gleichen Maßstäbe anzusetzen sind wie für Windenergiegebiete nach WindBG, insbesondere nach § 6 WindBG, ist im Hinblick auf die Zuständigkeit der Regionalen Planungsverbände in Bayern strittig. Unabhängig davon sollen mit den ausgewiesenen Flächen auch dem RPV geeignete Windenergiegebiete übermittelt werden, sodass eine entsprechende inhaltliche Auseinandersetzung in jedem Fall zielführend ist. Gem. § 6 WindBG gilt: (1) Wird die Errichtung und der Betrieb oder die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer Windenergieanlage in einem zum Zeitpunkt der Genehmigungserteilung ausgewiesenen Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 beantragt, ist im Genehmigungsverfahren abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung und abweichend von den</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Voraussetzung für die Anwendbarkeit des § 6 WindBG ist, dass - Bei der Ausweisung des Windenergiegebietes eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt wurde (§ 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 WindBG) - Das Windenergiegebiet nicht in einem Natura 2000-Gebiet, einem NSG oder einem Nationalpark liegt (§ 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 WindBG). Sofern das Windenergiegebiet die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt, gelten diese Verfahrenserleichterungen nicht, und es ist eine UVP sowie saP-Prüfung durchzuführen.</p> <p>Konsequenzen für die Bauleitplanung</p> <p>Der Umweltprüfung gemäß § 2 Nr. 4 BauGB und insbesondere der Behandlung des Artenschutzes im Umweltbericht kommt daher bei der Ausweisung von Flächen für die Windkraftnutzung besondere Bedeutung zu. Wenn im nachfolgenden Genehmigungsverfahren Zweifel verbleiben, ob die Umweltprüfung ordnungsgemäß durchgeführt wurde und § 6 WindBG anwendbar ist, kann dies zu erheblichen Verzögerungen führen. Eine Rechtsverordnung des Bundes zur Konkretisierung der Anforderungen an die Umweltprüfung gemäß § 9a Abs. 2 BauGB liegt bisher nicht vor. In Bezug auf den Artenschutz ist zu berücksichtigen, dass in ausgewiesenen Windenergiegebieten im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine saP mehr durchgeführt wird und Schutzmaßnahmen nur noch sehr eingeschränkt festgelegt werden können. Es ist daher bei der Ausweisung von Windenergiegebieten nicht mehr möglich, hinsichtlich der Prüfung des Artenschutzes auf das nachfolgende Genehmigungsverfahren zu verweisen. Die Gemeinde muss sich im Rahmen der Abwägung mit den Belangen des Artenschutzes auseinandersetzen und auch die vorliegenden Daten und deren Qualität einbeziehen. Demnach sind alle vorliegenden (naturschutzfachlichen) Daten bereits auf der vorgelagerten Planungsebene einzubeziehen, auszuwerten und entsprechend zu berücksichtigen. Als wesentliche Grundlage werden hierzu zeitnah noch Daten des StMUV zu sog. „Schwerpunktvorkommen“ der kollisionsgefährdeten Arten nach Anlage 1 BNatSchG erwartet.</p> <p>Der Umweltbericht in seiner jetzigen Fassung stellt daher keine geeignete Beurteilungsgrundlage dar und ist zwingend an die sich aufgrund rechtlicher Änderungen ergebenden Anforderungen anzupassen und entsprechend zu überarbeiten.</p>	<p>Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes eine artenschutzrechtliche Prüfung nicht durchzuführen. Satz 1 ist nur anzuwenden,</p> <p>1. wenn bei Ausweisung des Windenergiegebietes eine Umweltprüfung nach § 8 des Raumordnungsgesetzes oder § 2 Absatz 4 des Baugesetzbuchs durchgeführt wurde und</p> <p>2. soweit das Windenergiegebiet nicht in einem Natura 2000-Gebiet, einem Naturschutzgebiet oder einem Nationalpark liegt.</p> <p>Die zuständige Behörde hat auf Grundlage vorhandener Daten geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen in den Windenergiegebieten anzuordnen, um die Einhaltung der Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes zu gewährleisten, sofern die Daten eine ausreichende räumliche Genauigkeit aufweisen und zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Genehmigungsantrag nicht älter als fünf Jahre sind. Geeignete Minderungsmaßnahmen nach Satz 3 zum Schutz von Fledermäusen hat die Behörde insbesondere in Form einer Abregelung der Windenergieanlage anzuordnen, die auf Grundlage einer zweijährigen akustischen Erfassung der Fledermausaktivität im Gondelbereich anzupassen ist. Soweit geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen nicht verfügbar oder Daten nicht vorhanden sind, hat der Betreiber eine Zahlung in Geld zu leisten. (...)</p> <p>Nach den Vorgaben des WindBG ist eine Umweltprüfung durchzuführen, für die Bearbeitung der Vorgaben zum Artenschutz sind vorhandene Daten heranzuziehen, die nicht älter als 5 Jahre sind.</p> <p>Für den Umweltbericht sollten dementsprechend die verfügbaren Daten zum Artenschutz ausgewertet werden (die Stellungnahme aus 2012 ist altersbedingt nur noch eingeschränkt geeignet), insbesondere die Informationen der Fachbehörden und der Artenschutzkartierung (ASK). Im Umweltbericht ist ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zu ergänzen, in dem geeignete Maßnahmen enthalten sind.</p> <p>Bei der Abwägung ist die unterschiedliche Betroffenheit der Flächen zu berücksichtigen, der Umweltbericht ist um Aussagen zum Artenschutz einschl. empfohlener Maßnahmen zu ergänzen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Im Folgenden gibt die höhere Naturschutzbehörde eine Vorabbeurteilung ab, die im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes zu berücksichtigen ist.</p> <p>In der Begründung mit Umweltbericht (Entwurf in der Fassung vom 10.01.2023) wird das Schutzgut Tiere nur überschlägig abgehandelt. Laut Umweltbericht wurden bei der Bewertung des Schutzgutes die vorhergehende naturschutzfachliche Stellungnahme vom 25.09.2012 mitberücksichtigt. Es wird dabei auf die nachfolgende Planungsebene verwiesen. Ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag ist entsprechend nicht Gegenstand der aktuell zu beurteilenden Unterlagen. Dies ist aufgrund der aktuellen Gesetzeslage nicht ausreichend. In der vorliegenden Form erfüllt der Umweltbericht nicht einmal die Anforderungen des § 45 b Abs. 8 Nr. 2 b) BNatSchG mit der Folge, dass selbst die Verfahrenserleichterungen für Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete nicht zur Anwendung kommen würden. Zur Prüfung des Artenschutzes ist die aktuell verfügbare Datenlage zu verwenden, ob und inwieweit eine Betroffenheit von insbesondere kollisionsgefährdeter Arten vorliegt. Dies ist in der Begründung mit Umweltbericht zwingend aufzunehmen. Im Abschnitt 3 Besonderer Artenschutz werden konkrete Artinhalte angeführt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Stellungnahme von Sachgebiet 51 (Regierung von Oberbayern) vom 25.09.2012 verwiesen, die in ihren Wesentlichen fachlichen Aussagen, insbesondere zum Vorkommen kollisionsgefährdeter Arten, nach wie vor Gültigkeit besitzt.</p> <p>Generelle Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Zugriffsverboten nach § 44 Abs.1 Nr. 1 BNatSchG werden im Umweltbericht angeführt. Diese sind für die Vermeidung und Minimierung der betriebsbedingten Tötung europäisch geschützter Tierarten in den nachgeordneten Verfahren zwingend mit aufzunehmen.</p> <p>Ein späterer Bau sowie die Anlage und der Betrieb von WEA in den beiden Konzentrationsflächen sind geeignet, bau-, anlage-, und betriebsbedingte Eingriffe in Natur und Landschaft mit erheblichen Beeinträchtigungen gem. § 14 Absatz 1 BNatSchG auszulösen. Ebenso kann es durch Bau, die Anlage und den Betrieb zur Verwirklichung von Verbotstatbeständen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG („Zugriffsverbote“) kommen. Hierbei kann es insbesondere durch den Betrieb von WEA zur Erfüllung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG („Tötung“), § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG („Störung“) sowie § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG („Schädigung“) von besonders und streng geschützten Fledermaus- und Vogelarten bzw. deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten kommen.</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>In der nachfolgenden Flächenbeurteilung beschränkt sich SG51 auf den besonderen Artenschutz hinsichtlich betriebsbedingter Kollisionen an WEA (Fledermäuse/Vögel) und trifft Prognosen über die möglichen und sehr wahrscheinlichen Auswirkungen der WEA an dem geplanten Standort insbesondere zu den Zugriffsverboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG sowie auf den europäischen Schutz der Erhaltungszielarten von Vogelschutzgebieten (Natura 2000). Hierzu wurden ausschließlich Daten verwendet, die SG 51 zum jetzigen Zeitpunkt bekannt waren. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Daten der Artenschutzkartierungen, substantiierte Daten Dritter mit Zufallsbeobachtungen sowie weitere, vorläufige Daten des LfU.</p> <p>Auf darüber hinaus gehende naturschutzfachliche relevante Aspekte (z. B. Biotopschutz, Landschaftsbild etc.) wird in der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Ebersberg eingegangen, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.</p>	
			<p>Besonderer Artenschutz</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht werden die Flächen A, C, D auf Grundlage der vorliegenden Daten als ‚potentiell sensibles Gebiet‘ eingestuft. Die Fläche B wird auf Grundlage der vorliegenden Daten gegenwärtig als ‚potentiell geeignetes Gebiet‘ eingestuft.</p> <p>Der höheren Naturschutzbehörde liegt keine flächenscharfe Abgrenzung der Konzentrationsflächen vor, sodass die folgenden Messungen der Abstände sowie die Beurteilungen im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes konkretisiert werden müssen. Die Daten der Artenschutzkartierungen sind auf mögliche Vorkommen von kollisionsgefährdeten Brutvogelarten im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes zu prüfen.</p> <p>Vögel</p> <p>Die Konzentrationsflächen liegen in Waldgebieten mit möglicherweise besonderer Funktion als Nist-, und Jagdhabitat für kollisionsgefährdete Brutvogelarten der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1-5 BNatSchG.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>„Der höheren Naturschutzbehörde liegen keine flächenscharfe Abgrenzung der Konzentrationsflächen vor, sodass die folgenden Messungen der Abstände sowie die Beurteilungen im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes konkretisiert werden müssen.“</p> <p>Mithilfe einer flächenscharfen Abgrenzung wurden die ASK-Daten ausgewertet. Ein Vorkommen des Wespenbussards (Ask-Daten von 2012) kann aufgrund des Alters nicht als Datengrundlage herangezogen werden. Zudem liegt das Vorkommen in einer Entfernung von 3.000 m</p> <p>Gemäß der Stellungnahme ist im Rahmen der flächenbezogenen Abwägung um den Fundpunkt des Uhus ein Umkreis von 500 m (Nahbereich nach §45b BNatSchG) aus der Konzentrationsflächenplanung auszuschließen. Dadurch verkleinert sich die ausgewiesene Fläche, wird allerdings zum Teil überlagert durch die aufgrund raumordnerischer Vorgaben freizuhaltenden Vorranggebiete zum Abbau von Bodenschätzen.</p> <p>Weitere Minimierungsmaßnahmen werden im Umweltbericht mit aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Die Hinweise der Stellungnahme vom 25.09.2012 beschriebenen Artvorkommen gelten nach wie vor. Dort wird auf ein wahrscheinliches Brutvorkommen des Wespenbussards hingewiesen.</p> <p>Zudem befindet sich ein C-Nachweis des Uhus von 2014 sowie ein A-Nachweis der vorläufigen Daten des LfU von 2023 innerhalb der KW_A. Der Nachweis des Uhus liegt möglicherweise innerhalb des Nahbereichs nach Spalte 2 der genannten Anlage 1 zu § 45b Abs. 1-5 BNatSchG. Allerdings gilt er während der Brutzeit sowie am Horst in einem Umkreis von ca. 300 m als störungsempfindlich.</p> <p>Ein signifikant erhöhtes Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG für die kollisionsgefährdete Brutvogelart Uhu und Wespenbussard der Anlage 1 zu § 45b Abs. 1-5 BNatSchG kann auf Grund der vorliegenden Daten nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.</p> <p>Im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes sind etwaige Auswirkungen auf die o.g. Arten sowie mögliche Schutzmaßnahmen mitzuführen.</p> <p>Fledermäuse</p> <p>Aufgrund der Strukturausstattung innerhalb der Konzentrationsflächen mit Waldrändern ist grundsätzlich von regelmäßig genutzten Habitaten für Fledermäuse auszugehen. Im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichtes sind etwaige Auswirkungen auf ggf. vorkommende Arten sowie mögliche Schutzmaßnahmen mitzuführen.</p> <p>Gebietsschutz: Erhaltungsziele von Natura 2000 Gebiet</p> <p>Das FFH-Gebiet Ebersberger und Großhaager Forst, DE7837371, grenzt möglicherweise an die KW_C im Südwesten bis Nordwesten, an die KW_D im Norden sowie an die KW_A im Nordwesten an. Aus der aktuellen Datenlage ist jedoch keine direkte Betroffenheit von Erhaltungszielen erkennbar.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme</p> <p>Es sind keine Ergänzungen erforderlich.,</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
1	Regierung von Oberbayern	30.06.2023	<p>Die Regierung von Oberbayern als höhere Landesplanungsbehörde gibt folgende Stellungnahme zur o.g. Bauleitplanung ab.</p> <p>Planung Die Stadt Ebersberg beabsichtigt mit o.g. STFNP nach § 5 Abs. 2b BauGB die Ausweisung von 4 Konzentrationszonen (KW A, KW B, KW C und KW D) für die Nutzung der Windenergie zur räumlichen Steuerung im Stadtgebiet. Die Konzentrationszonen umfassen insgesamt rund 441 ha. Des Weiteren werden 5 informelle Potentialflächen (A, B1, B2, C und D) definiert, in denen trotz der eigentlichen Ausschlusswirkung des STFNP „Windkraft“ weiterhin die Errichtung von Windenergieanlagen über die Bauleitplanung (Bebauungspläne) ermöglicht werden soll. Hierbei werden zusätzliche (weiche) Kriterien angewendet.</p> <p>Erfordernisse der Raumordnung Gemäß LEP 1.3.1 (G) soll den Anforderungen des Klimaschutzes Rechnung getragen werden, insbesondere durch (...) die verstärkte Erschließung und Nutzung und Speicherung erneuerbarer Energien (...). Gemäß LEP 5.4.1 (G) sollen land- und forstwirtschaftlich genutzte Gebiete erhalten werden. Insbesondere für die Landwirtschaft besonders geeignete Flächen sollen nur in dem unbedingt notwendigen Umfang für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Gemäß LEP 5.4.2 (G) sollen Wälder, insbesondere große zusammenhängende Waldgebiete, Bannwälder und landeskulturell oder hinsichtlich ihrer Funktionen besonders bedeutsame Wälder vor Zerschneidungen und Flächenverlusten bewahrt werden. Gemäß LEP 6.2.1 (Z) sind erneuerbare Energien dezentral in allen Teilräumen verstärkt zu erschließen und zu nutzen. Gemäß LEP 6.2.2 (Z) sind in jedem Regionalplan im Rahmen von regionsweiten Steuerungskonzepten Vorranggebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen in erforderlichem Umfang festzulegen. Gemäß LEP 6.2.2 (G) können in den Regionalplänen im Rahmen von regionsweiten Steuerungskonzepten ergänzend Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen festgelegt werden. Gemäß RP 14 B I G 1.2.1 soll in den landschaftlichen Vorbehaltsgebieten die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes gesichert oder wiederhergestellt werden, die Eigenart des Landschaftsbildes bewahrt und die Erholungseignung der Landschaft erhalten oder verbessert werden.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt Die einschlägigen Erfordernisse der Raumordnung werden mit der Planung berücksichtigt und in die Abwägung einbezogen. In der Begründung werden die entsprechenden Vorgaben aufgeführt bzw. ergänzt. Eine Änderung der Planung ist darüber hinaus nicht veranlasst.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Gemäß RP 14 B II Z 4.6.1 dienen regionale Grünzüge der Verbesserung des Bioklimas und der Sicherung eines ausreichenden Luftaustausches, der Gliederung der Siedlungsräume, der Erholungsvorsorge in den Siedlungsgebieten und siedlungsnahen Bereichen. Die regionalen Grünzüge dürfen über die in bestehenden Flächennutzungsplänen dargestellten Siedlungsgebiete hinaus nicht geschmälert und durch größere Infrastrukturmaßnahmen nicht unterbrochen werden. Planungen und Maßnahmen sind im Einzelfall und zur organischen Entwicklung von Nebenorten möglich, soweit die jeweilige Funktion gemäß Absatz 1 nicht entgegensteht.</p> <p>Gemäß RP 14 B IV Z 5.4.2 hat in den Vorranggebieten die Gewinnung der Bodenschätze Vorrang vor anderen Nutzungen.</p> <p>Gemäß RP 14 B IV G 7.3 soll die regionale Energieerzeugung regenerativ erfolgen. Hierzu bedarf es der interkommunalen Zusammenarbeit.</p> <p>Gemäß RP 14 B IV G 7.7 sollen kommunale Windkraftplanungen gefördert werden.</p>	
			<p>Landesplanerische Bewertung</p> <p>Energieversorgung und interkommunale Kooperation</p> <p>Unter dem Aspekt einer nachhaltigen Energieversorgung ist die Planung als Positivsteuerung von Windkraftanlagen grundsätzlich zu begrüßen. Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen sind im Regionalplan der Region München bisher nicht festgelegt.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Planung ist nicht veranlasst.</p>
			<p>Bodenschätze</p> <p>Im Planungsgebiet befindet sich das regionalplanerisch gesicherte Vorranggebiet für Bodenschätze - Kies und Sand Nr. 300.</p> <p>In der vorgelegten Begründung wird erläutert, dass die Stadt Ebersberg entschieden habe Vorranggebiete für Bodenschätze im STFNP „Windkraft“ nicht als Ausschlussbereiche zu berücksichtigen und weder als hartes oder weiches Ausschlusskriterium zu definieren.</p> <p>Soweit noch ein Abbau vorhandener Rohstoffe stattfindet, dürfte nach Ansicht der Stadt Ebersberg die Errichtung von WEA nicht mit der vorrangigen Funktion vereinbar sein. Im Anschluss an den Abbau seien WEA als Nachfolgenutzung auf den Flächen jedoch denkbar. Da der Abbau im Vorranggebiet „VR 300“ aktuell bereits erfolge, könne hier in absehbarer Zeit mit einer Nachfolgenutzung (im konkreten Fall forstwirtschaftliche Nutzung, standortgemäße Mischbestände/Biotopentwicklung sowie natürliche Sukzession, vgl. RP 14 B IV G 5. 7.2.1) gerechnet werden. Diese Nachfolgenutzungen schlossen, laut Begründung, eine parallele Nutzung von WEA nicht aus.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt</p> <p>Die Voraussetzungen für eine Nachnutzung der Vorranggebiete werden auf dem Planblatt sowie in der Begründung dargelegt. Weder soll das Vorranggebiet durch die Planung eingeschränkt werden noch durch die Ausweisung von Konzentrationszonen eine Nachfolgenutzung durch Windkraftanlagen verhindert werden. An dieser grundlegenden Systematik soll festgehalten werden.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Gemäß RP 14 B IV Z 5.4.2 hat die Gewinnung der Bodenschätze in den Vorranggebieten Vorrang vor anderen Nutzungen. Andere Nutzungen sind dort ausgeschlossen, wenn diese mit der vorrangigen Funktion, d.h. dem Abbau von Bodenschätzen, nicht zu vereinbaren sind (Begründung zu RP 14 B IV 5.4.2).</p> <p>Aus regional- und landesplanerischer Sicht dürfen, abgesehen von der Verfügbarkeit der Fläche, deshalb weder rechtliche noch faktische Gründe geschaffen werden, die dieser vorrangigen Funktion für Rohstoffsicherung und -abbau entgegenstehen. Diese Funktion - und damit auch die regionalplanerische Festlegung als Vorranggebiet - kann erst dann als gegenstandslos erachtet werden, wenn ein vollständiger Abbau des entsprechenden Bodenschatzes erfolgt ist und ein entsprechender Nachweis darüber vorliegt.</p>	
			<p>Natur, Landschaft und Freiraumstruktur</p> <p>Der Standort liegt gemäß RP 14 im landschaftlichen Vorbehaltsgebiet Nr. 10.4 „Südöstlicher Ebersberger Forst und vorgelagerte Kulturlandschaftszone zwischen Ebersberg und Steinhöring“. Eine generelle Unvereinbarkeit von Windkraftnutzungen mit den dort besonders zu gewichtenden Belangen von Natur und Landschaft ist nicht angezeigt. Im weiteren Verfahren sollten die gemäß RP 14 B I G 1.2.2.10.4 festgelegten Sicherungs- und Pflegemaßnahmen entsprechend abgearbeitet werden. Hierzu zählen u.a. die Erhaltung der Waldkomplexe sowie der Erhalt der kleinteiligen, gehölzreichen Kulturlandschaft.</p> <p>Die Konzentrationszonen befinden sich zu großen Teilen im Bannwald (Ebersberger Forst), welcher eine besondere Funktion für Klima, Wasserhaushalt und Luftreinigung hat. Bei Rodungen im Bannwald sind Aufforstungen unmittelbar angrenzend an den Bannwald zu leisten. Bezüglich der forstrechtlichen Belange bitten wir um Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde.</p> <p>In Hinblick auf das Landschaftsbild (Einsehbarkeit bzw. Fernsicht) kann aus landesplanerischer Sicht keine abschließende Bewertung vorgenommen werden. Die Wirkung einer einzelnen Windkraftanlage dürfte sich aufgrund der Lage im Wald erst aus größerer Entfernung offenbaren.</p> <p>Der Standort liegt gemäß RP 14 im regionalen Grünzug Nr. 14 „Ebersberger Forst / Messestadt Riem“. Dieser stellt hier eine sehr bedeutende Frischlufttransport- bzw. Luftaustauschbahn dar.</p> <p>Insbesondere bei austauscharmen Hochdruckwetterlagen kann aus dem östlich gelegenen Frischluftproduktions- bzw. Kaltluftentstehungsgebiet Ebersberger Forst Frischluft in westliche Richtung weit in das Oberzentrum</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt</p> <p>Die betroffenen Belange von Natur, Landschaft und Freiraumstruktur werden in die Abwägung einbezogen und die beschriebenen (potentiellen) Auswirkungen im Umweltbericht dokumentiert. Durch die betroffenen Naturschutzbelange werden ggf. Restriktionen innerhalb der dargestellten Flächen bei der Umsetzung der Planung ausgelöst. Bei der Beurteilung, inwieweit die Stadt Ebersberg der Nutzung der Windenergie substantiell ausreichend Raum verschafft, werden die möglicherweise ausgelösten Einschränkungen einbezogen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>München hineintransportiert werden und zur Durchlüftung der verdichteten Siedlungsbereiche beitragen. Darüber hinaus dient der regionale Grünzug der Erholungsvorsorge mit der Zweckbestimmung Verfügbarkeit und Nutzbarkeit siedlungsnaher und landschaftlich geprägter Bereiche für die Naherholung. Des Weiteren sind neben überwiegend landwirtschaftlich genutzten Freiflächen aus Ausweisungen von Wald als Bannwaldgebiete sowie Darstellungen im Wald funktionsplan als Wald mit besonderer Bedeutung für den Klimaschutz gegeben.</p> <p>Eine Windkraftnutzung muss grundsätzlich keine relevante negative Wirkung auf die im Ziel B II Z 4.6.1 gelisteten Funktionen der Regionalen Grünzüge ausüben, sofern dieser Sachverhalt mit einem entsprechend fachkompetenten Nachweis geprüft wird.</p>	
			<p>Immissionsschutz Gemäß der vorgelegten Begründung werden Abstände zu schutzwürdigen Siedlungen berücksichtigt. Im Rahmen der Umsetzung von Windkraftvorhaben (Genehmigung nach BImSchG) sei die Einhaltung gültiger Grenzwerte standortspezifisch gutachterlich nachzuweisen (Schall, Schattenwurf, optische Bedrängung etc.). Die Stadt Ebersberg zieht einen Abstand vom zweifachen der Gesamthöhe (2H) der Referenzanlage zur Wohnbebauung als hartes Ausschlusskriterium heran. Bezüglich der Belange des Immissionsschutzes verweisen wir auf die zuständige Fachbehörde.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme Auf die erforderliche Konkretisierung Immissionsschutzfachlicher Untersuchungen auf nachfolgender Planungsebene wird in den Planunterlagen bereits hingewiesen. Eine Änderung der Planung ist nicht veranlasst.</p>
			<p>Denkmalschutz Laut der vorgelegten Begründung sind im direkten Bereich der geplanten Konzentrationszonen keine Bau- oder Bodendenkmäler oder archäologische Fundstellen bekannt. Darüber hinaus lägen die denkmalgeschützten Gebäude innerhalb der Siedlungsflächen, so dass die Schutzbereiche um die Siedlungen i.d.R. ausreichen, den Belangen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen. Hinsichtlich der Belange des Denkmalschutzes bitten wir, die geplanten Konzentrationsflächen mit den zuständigen Fachbehörden abzustimmen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme Die Denkmalschutzbehörde hat sich zur Planung geäußert mit entsprechenden Anmerkungen zu einzelnen Konzentrationszonen. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen. Eine Änderung der Planung ist darüber hinaus nicht veranlasst.</p>
			<p>Flugsicherung Um eine Störung des zivilen und militärischen Luftverkehrs (insbesondere von Radaranlagen der Flugsicherung) grundsätzlich zu vermeiden, wird eine Abstimmung der Konzentrationsflächenplanung mit den zuständigen Fachbehörden empfohlen. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass gem. § 14 Abs. 1 LuftVG Bauwerke über 100 m der Zustimmung der Luftfahrtbehörde bedürfen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme Die Fachbehörden für die Flugsicherung wurden am Verfahren beteiligt und haben sich zur Planung geäußert. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen. Eine Änderung der Planung ist darüber hinaus nicht veranlasst.</p>
			Hinweis	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Die höhere Naturschutzbehörde (SG 51 der Regierung von Oberbayern) wird ggf. in gesonderter Mitteilung zu den vorliegenden Planungen Stellung nehmen.</p> <p>Gesamtergebnis Aus Sicht der höheren Landesplanungsbehörde steht die Darstellung der Konzentrationszonen für die Windkraftnutzung den Erfordernissen der Raumordnung in den Bereichen des regionalplanerisch gesicherten Vorranggebiets für Bodenschätze - Kies und Sand Nr. 300 aufgrund eines Zielkonflikts mit RP 14 B IV Z 5.4.2 entgegen. Die vorliegende Planung kann nur mit diesem Ziel in Einklang gebracht werden, wenn im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung baurechtlich sichergestellt wird, dass im Bereich des Vorranggebiets Nr. 300 die Darstellung der entsprechenden Konzentrationszone erst dann greift, wenn der gesicherte Rohstoff dort vollständig abgebaut ist. Über das Vorranggebiet für Bodenschätze hinaus steht die Planung bei Berücksichtigung bzw. Beachtung der Hinweise zu den o.g. Zielen und Grundsätzen den Erfordernissen der Raumordnung grundsätzlich nicht entgegen.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Planung wird im Hinblick auf die Erfordernisse des Vorranggebietes ergänzt, sodass sichergestellt werden kann, dass kein Zielkonflikt entsteht und die Ziele der Regionalplanung zunächst erfüllt werden müssen. Vgl. hierzu die obigen Ausführungen.</p>
2	Regionaler Planungsverband München Arnulfstraße 60 80335 München	04.07.2023	Für die geplante Darstellung der Konzentrationszonen für die Windenergienutzung im Bereich des regionalplanerisch gesicherten Vorranggebiets für Bodenschätze - Kies und Sand Nr. 300 besteht ein Zielkonflikt mit dem RP 14-Ziel B IV 5.4.2, solange und soweit nicht sichergestellt ist, dass dort der vollständige Abbau des entsprechenden Rohstoffs bereits stattgefunden hat oder er baurechtlich vorrangig garantiert ist. Für den vollständigen Abbau des Rohstoffs ist ein fachlicher Nachweis zu führen. Im Übrigen dürfen von der Windenergienutzung keine nachteiligen Wirkungen auf den Rohstoffabbau im Vorranggebiet ausgehen.	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Planung wird im Hinblick auf die Erfordernisse des Vorranggebietes ergänzt, sodass sichergestellt werden kann, dass kein Zielkonflikt entsteht und die Ziele der Regionalplanung zunächst erfüllt werden müssen.</p>
3	Landratsamt Ebersberg Bauleitplanung	15.06.2023	<p>Das LEP liegt derzeit in der gültigen Fassung vom 01.06.2023 vor. Bitte um Anpassung auf Seite 8 A.4.1.</p> <p>Seite 23: Am 24.3.2023 wurde die Information zum bayerischen Windenergieerlass und zur Themenplattform Windenergie veröffentlicht. Darin muss der Abstand zu Außenbereichslückenfüllungssatzungen §35 Abs. 6 BauGB eingehalten werden. Inhaltlich stimmen die Einzelwohngebäude im Außenbereich nicht, da sich nicht alle Wohngebäude innerhalb von städtebaulichen Satzungen befinden. (vgl hierzu: VGH München, B. v. 30. August 2017, Az. 22 ZB 16.1376). Wir empfehlen, die Berücksichtigung von Wohngebäuden auch außerhalb von Satzungen zu begründen.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.</p> <p>Zur Kenntnisnahme Auf S. 23 der Begründung zum Vorentwurf sind Siedlungsflächen als faktische Ausschlussflächen begründet. Außenbereichswohnen fällt zusätzlich unter den Schutz vor optisch bedrängender Wirkung nach § 249 BauGB (zulässige bauliche Nutzung zu Wohnzwecken) – vgl. S. 24 der Begründung zum Vorentwurf. Die Abstände zur Einschränkung des Privilegierungsbereiches (1.000m gem. Art 82/82a BayBO) beziehen sich indes nicht auf Außenbereichswohnen außerhalb von Satzungen, wie auch in</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
				der Begründung dargelegt wurde (S. 29 ff Begründung zum Vorentwurf). Eine Änderung der Planung ist nicht veranlasst.
			Es wird empfohlen, die Konzentrationsflächen auch in Bezug auf die gemeindeübergreifende Bebauung und Planungsabsichten der Gemeinde zu prüfen. (Insbesondere Fläche 3)	Zur Kenntnisnahme Die Stellungnahmen der Nachbargemeinden werden grundsätzlich berücksichtigt. Die Gemeinde Steinhöring hat keine Stellungnahme abgegeben.
10	Wasserwirtschaftsamt Rosenheim	20.06.2023	<p>Die Stadt Ebersberg verfolgt das Ziel, einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz und zur Förderung erneuerbaren Energien zu leisten. Hierfür sollen mit dem Sachlichen Teilflächenutzungsplan (STFNP) „Windkraft“ folgende Konzentrationszonen im Gemeindegebiet der Stadt Ebersberg ausgewiesen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • KW_A mit 186,8 ha, östlich der St 2086 • KW_B mit 5,7 ha, östlich vom Ortsteil Pollmoos • KW_C mit 54,1 ha, südlich Harthausen, südlich der St 2079 • KW_D mit 194,5 ha, im Norden des Stadtgebiets zwischen St 2080 und St 2086 <p>Darüber hinaus weist die Stadt Ebersberg informell noch Potenzialflächen aus, um trotz der Ausschlusswirkung des STFNP „Windkraft“ weiterhin die Errichtung von Windenergieanlagen über die Bauleitplanung zu ermöglichen. Diese Flächen (A, B1, B2, C und D) sind gemeinsam im Plan vom 10.01.2023 (Vorentwurf) dargestellt.</p> <p>Die Flächen KW_A, KW_C, KW_D sowie die Potentialflächen A, C und D liegen im nördlichen Stadtgebiet. Geomorphologisch liegen die Flächen im Bereich von Moränen (teilweise Endmoränen) und Schmelzwasserschottern. Wasserschutzgebiete befinden sich hier nicht, ebenfalls keine Vorranggebiete für die Wasserversorgung. Bis auf ein paar kleine Flächen im östlichen Bereich von KW_A gibt es hier auch keine wassersensiblen Bereiche.</p> <p>Die Fläche KW_B an der Gemeindegrenze zu Steinhöring liegt im Bereich einer Moräne. Die Potentialfläche B1 südlich von Neuhausen liegt im Bereich von Schmelzwasserschottern bzw. Talfüllungen. Die Potentialfläche B2 bei Aepfelkam liegt im Bereich einer Moräne. Westlich davon liegt das Wasserschutzgebiet der Stadt Grafing (Oxing). Im Bereich der vorgenannten Flächen befinden sich überall wassersensible Bereiche.</p> <p>Aus wasserwirtschaftlicher Sicht besteht grundsätzlich Einverständnis mit der FNP-Änderung. Wir bitten um Beachtung des LfU-Merkblattes Nr. 1.2/8. Hier der Link dazu: Merkblatt 1.2/8 Trinkwasserschutz bei Planung und Errichtung von Windkraftanlagen (bavarn.de)</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Im Umweltbericht werden die Hinweise zu den vorgebrachten betroffenen Belangen ergänzt, im Rahmen der Abwägung die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden/Wasser einbezogen. Die Vorgaben aus dem Merkblatt werden als Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			Im Bebauungsplanverfahren bzw. im konkreten Antragsverfahren für die Windkraftanlagen werden wir uns erforderlichenfalls dezidiert äußern.	
11	Staatliches Bauamt Rosenheim	22.06.2023	<p>Gegen die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes — Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft - bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes Rosenheim keine Einwände, wenn die nachfolgend genannten Punkte beachtet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erschlossen werden die späteren Standorte über bereits bestehende Erschließungen. <p>Jede neue Erschließung an Kreis-, Staats- bzw. Bundesstraße ist eine Sondernutzung und bedarf der Zustimmung des StBA Rosenheim. Diese ist dann entsprechend frühzeitig zu beantragen. Die Kosten der jeweiligen Erschließung/Umbauten sind dabei gemäß dem Verursacherprinzip vom jeweiligen Antragssteller/Verursacher zu tragen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Anbaubeschränkungszone an den betroffenen Staats- bzw. an der betroffenen Bundesstraße ist grundsätzlich von Windkraftanlagen freizuhalten. <p>Hinweis: Wenn keine entsprechenden Maßnahmen bzgl. Eis- und Schattenwurf getroffen werden, sind hier entsprechende Abstände zur Straße zu wählen, so dass hiervon keine Gefahr für die Verkehrsteilnehmer ausgeht.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Anbaubeschränkungsgebiete werden durch die weichen Ausschlusskriterien bereits von Windkraftanlagen freigehalten. Die Hinweise darüber hinaus zu Maßnahmen bzgl. Eis- und Schattenwurf sowie der Erschließung über Staats- und Bundesstraßen werden in der Begründung ergänzt.</p>
13	Amt Für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12.06.2023	<p>Bereich Landwirtschaft, Becker</p> <p>Wie in Ihrer Begründung aufgeführt beläuft sich die Konzentrationszone auf 441,1 ha. Wir weisen darauf hin, dass durch die Umsetzung des Bauprojektes landwirtschaftlich genutzte Flächen verloren gehen. Es handelt sich bei den in Anspruch genommenen Flächen teilweise um Böden mit hoher Qualität. Die Bodenzahlen der überplanten Flächen liegen größtenteils über den Durchschnittswerten der Acker- und Grünlandzahlen der Bodenschätzung des Landkreises Ebersberg (vgl. „Durchschnittswerte der Acker- und Grünlandzahlen für die bayerischen Landkreise“ zur Anwendung der Bayerischen Kompensationsverordnung (BayKompV)). Hier wird der Landkreis Ebersberg mit der Ackerzahl 49 und der Grünlandzahl 42 bewertet. Der bayerische Durchschnitt liegt bei 47 Ackerzahl, und bei 42 Grünlandzahl.</p> <p>Bei der Standortwahl sollte darauf geachtet werden, dass keine Flächen mit überdurchschnittlicher Bonität versiegelt werden. Falls es dennoch zu einer Überplanung der Flächen kommt, müssen bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes folgende Punkte beachtet werden:</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Nur ein sehr geringer Teil der ausgewiesenen Konzentrationszonen liegt auf landwirtschaftlichen Flächen. Die Auswirkungen des Eingriffs auf diesen Flächen wird im Umweltbericht dokumentiert, die vorgebrachten Informationen werden ergänzt. Die Hinweise zum Umgang mit der landwirtschaftlichen Nutzung wird in der Begründung ergänzt.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>1. Durch den begrenzten Faktor der landwirtschaftlichen Fläche sollten solche Vorhaben möglichst nur in geringem Umfang landwirtschaftliche Böden beanspruchen, da diese die Existenzgrundlage der Landwirte bilden. Durch das Wegfallen von landwirtschaftlichen Böden in der näheren Umgebung werden Landwirte weiter in die Bedrängnis gebracht.</p> <p>2. Um den Verlust dieser qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen zu minimieren, wird empfohlen, den Oberboden abzutragen und auf ertragsärmeren Standorten zu verteilen.</p> <p>3. Während der Planungsphase über die Standortwahl der WKA muss darauf geachtet werden, dass möglichst keine zusätzlichen Zuwege entstehen. Die bereits bestehenden Verkehrswege sollen weitestgehend genutzt werden, um nicht zusätzliche landwirtschaftliche Flächen zu verbrauchen.</p> <p>4. Während der Bauphase der WKA können landwirtschaftliche Flächen teilweise nicht genutzt werden, falls für den Umgriff mehr Fläche beansprucht wird als geplant. Die für den betroffenen Landwirt entstandenen Verluste und Schäden auf diesen zusätzlich beanspruchten Flächen müssen ersetzt werden.</p> <p>5. Des Weiteren muss die Erreichbarkeit und Bearbeitbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen während der Bauphase und nach Fertigstellung der WKA weiterhin gegeben sein, auch mit modernen Arbeitsmaschinen und -geräten.</p> <p>6. Der Betreiber der WKA grenzt an landwirtschaftliche Flächen an und hat deshalb Emissionen, Steinschlag und eventuelle Verschmutzungen aus der Landwirtschaft (z.B. Staub) entschädigungslos hinzunehmen. Dadurch bedingte Verunreinigungen der Windräder müssen vom Betreiber geduldet werden. Grundsätzlich ist eine ordnungsgemäße Landwirtschaft auf den der WKA benachbarten Flächen von Seiten des Betreibers zu dulden.</p> <p>7. Es ist festzusetzen, dass die Flächen nach der Nutzung als WKA wieder der landwirtschaftlichen Acker- und Grünlandnutzung zugeführt werden müssen. Diese ertragsreichen Flächen dürfen der Landwirtschaft als Acker- und Grünlandflächen nicht dauerhaft verlorengehen. Bei der Rückführung der Flächen in die Landwirtschaft muss das für die WKA notwendige Fundament zurückgebaut werden.</p> <p>8. Bei den Ausgleichsflächen sollte versucht werden, den Umfang durch entsprechende Maßnahmen so gering wie möglich zu halten. Der Verbrauch von landwirtschaftlicher Nutzfläche soll auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden. Die Maßnahmen auf der Ausgleichsfläche dürfen die benachbarten landwirtschaftlichen Flächen nicht negativ bezüglich der</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Bearbeitung beeinflussen. Vermeidungsmaßnahmen wie z.B. das Aufwerten bereits bestehender Naturschutz- und Ausgleichsflächen, können den Bedarf an zusätzlicher Ausgleichsfläche bis auf 0 reduzieren.</p> <p>9. Auf eine ausreichende Abstandsfläche zur angrenzenden Acker- und Grünlandfläche ist zu achten. Gleiches gilt zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Verkehrswegen, da diese von Landwirten mit modernen Arbeitsmaschinen und -geräten befahren werden und dabei nicht beeinträchtigt werden sollen.</p> <p>10 Bei evtl. geplanten Grenzbepflanzungen, welche an landwirtschaftlichen Flächen sowie an die landwirtschaftlichen Verkehrswege angrenzen, wird empfohlen ab einer Bewuchshöhe von 2 Metern Grenzabstände von mindestens 4 Metern einzuhalten, um zukünftige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Z.B. können Laub, Äste und Schattenbildung eine Beeinträchtigung für die landwirtschaftlichen Flächen bedeuten.</p>	
			<p>Bereich Forsten, Meder</p> <p>I. Ausgangslage</p> <p>Der Vorentwurf von TB/Markert zum Sachlichen Teilflächennutzungsplan (STFNP) „Windkraft“ — 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Ebersberg zur Planung der Stadt Ebersberg betrifft vorrangig Wald i.S.d. § 2 Bundeswaldgesetz (BWaldG) i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) bzw. dem Wald gleichgestellte Fläche gem. Art. 2 Abs. 2 BayWaldG. Es werden bei den möglichen Standorten in den Konzentrationsflächen KW C und KW D Waldflächen direkt in Anspruch genommen, die als Bannwald nach Art. 11 BayWaldG ausgewiesen wurden und daher einen hohen waldrechtlichen Schutzstatus haben. Der Bannwald hat für die Stadt Ebersberg und die umliegende Region eine herausragende Bedeutung für Klima, Wasserhaushalt, Luftreinigung und Naherholung der Bevölkerung und ist daher in seiner Flächensubstanz und Funktionalität zu erhalten.</p> <p>II. Waldrechtliche Beurteilung</p> <p>II. 1 Bannwald</p> <p>Der vorliegend in Rede stehende Flächennutzungsplan hat zwar keine Rodungsgenehmigung zum Gegenstand, da damit nicht bereits endgültig über eine Umnutzung von Wald entschieden wird (vgl. Art. 9 Abs. 8 BayWaldG). Wir halten es aber für notwendig, bereits an dieser Stelle die materiell-rechtlichen Voraussetzungen einer Rodungsgenehmigung nach Art. 9 Abs. 2 BayWaldG zu prüfen.</p> <p>Die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Rodung) bedarf gemäß Art. 9 Abs. 2 BayWaldG der Erlaubnis. Grundsätzlich</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Den Anregungen zur Darstellung von Ausgleichsflächen wird nicht gefolgt.</p> <p>Die einschränkenden Vorgaben innerhalb der Bannwaldflächen werden im Rahmen der Abwägungsentscheidung berücksichtigt. Zum einen ist hier zunächst die Zustimmung der Forstverwaltung erforderlich und zum anderen ist eine etwaige Zustimmung gebunden an die Erfüllung der aufgeführten Voraussetzungen, insbesondere der Schaffung von Bannwaldausgleichsflächen. Die Voraussetzungen zur Rodungsgenehmigung werden in der Begründung als Hinweis aufgenommen. Die Darstellung möglicher Flächen zum Ausgleich für Bannwald wird indes nicht für zielführend erachtet. Innerhalb der dargestellten Flächen besteht die Möglichkeit Windenergieanlagen als Privilegierte Anlagen im Außenbereich zur Genehmigung einzureichen. Die Entwicklung eines Bebauungsplanes aus den dargestellten Flächen ist zwar möglich, aber nicht abzusehen. Ein etwaiger Bannwaldausgleich ist damit im Zuge der Genehmigungsplanung nachzuweisen. Eine konkrete Anzahl von Windkraftanlagen ist nur bedingt abschätzbar, ebenso wie die jeweiligen Grundstücksbesitzverhältnisse.</p> <p>Neben der Betroffenheit von Bannwald, sind die betroffenen Waldfunktionen im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen (Vorgaben im Rahmen der einzuholenden Rodungserlaubnis).</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>besteht gemäß BayWaldG ein Rechtsanspruch auf Rodung. Für Flächen im Bannwald nach Art. 11 BayWaldG gilt dies jedoch dezidiert nicht. Hier ist eine Rodung nach Art. 9 Abs. 4. Nr. 1 BayWaldG zu versagen, da diese wertvollen Wälder in ihrer Flächensubstanz zu erhalten sind. Gemäß Art. 9 Abs. 5 Satz 2 BayWaldG kann einer Rodung im Bannwald zugestimmt werden, wenn i.S.d. Art. 9 Abs. 6 Satz 2 BayWaldG angrenzend an den vorhandenen Bannwald eine flächengleiche Ersatzaufforstung, die die Funktion des zu rodenden Waldes erfüllen kann, durchgeführt wird.</p> <p>Hierzu ist gemäß Art. 39 Abs. 2 Satz 2 BayWaldG das Einvernehmen mit der Unteren Forstbehörde — Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg/Erding erforderlich. Ob Regelungen in anderen Rechtsbereichen einer Rodungserlaubnis entgegenstehen (Art. 9 Abs. 4 Nr. 2 BayWaldG), wird im Hinblick auf Konzentrationswirkung der Immissionsschutz- bzw. baurechtlichen Genehmigung von den Forstbehörden nicht geprüft.</p> <p>Der betroffene Wald erfüllt eine Vielzahl von ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen (Holzproduktion, Klimaschutz, vielfältiger Lebensraum für Tiere, Pilze und Pflanzen, Erholungsraum, etc.) Eine mögliche Ersatzpflanzung kann, auch wenn sie flächengleich erfolgt, erst nach Jahrzehnten vollständig die Funktion des gerodeten Waldes übernehmen.</p> <p>Die Rodungserlaubnis kann nur erteilt werden, wenn die WKA-Standorte im Bannwald alternativlos sind und eine zustimmungsfähige Lösung z.B. durch Auflagen möglich ist.</p> <p>Die mögliche Realisierung aller im Bannwaldbereich geplanten WKA wird daher auch von der Bereitstellung geeigneter landwirtschaftlicher Flächen für die gesetzlich geforderten Ersatzaufforstungen maßgeblich abhängen. Allerdings steht dem entgegen, dass eine weitere Reduzierung hochwertiger landwirtschaftlicher Produktivflächen im Widerspruch zu Vorgaben der Entwicklung des ländlichen Raums steht (vgl. Stellungnahme Bereich Landwirtschaft).</p> <p>Der für die Ersatzaufforstungen erforderliche Flächenbedarf im Gemeindebereich sollte daher im STFNP ausgewiesen und gesichert werden.</p> <p>II. 2 Waldflächen mit besonderen Funktionen gem. Waldfunktionsplanung</p> <p>Die überplanten Wälder sind zum Teil mit Schutzkategorien „Wald mit besonderer Bedeutung für den Wasserschutz, das Landschaftsbild, für die Erholung und den Klimaschutz“ der Waldfunktionsplanung nach Art. 6 BayWaldG belegt. Gem. Art. 9 Abs. 5 Satz 1 BayWaldG soll die Erlaubnis versagt werden, wenn die Rodung Plänen im Sinne des Art. 6 BayWaldG widersprechen oder deren Ziele gefährden.</p>	<p>Die Waldfunktionen bzw. Bannwald betrifft einen Großteil der ausgewiesenen Flächen, sodass eine Priorisierung bzw. ein Ausschluss von Flächen nicht veranlasst ist.</p> <p>Die Hinweise zu Waldfunktionen einschließlich der Optionen zu technischen Maßnahmen sowie Hinweise zur Sicherung der Waldwirtschaft und Folgenutzung werden in der Begründung als Hinweis aufgenommen. Eine Änderung der Planung ist darüber hinaus nicht veranlasst.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Nach Kap. 9 „Waldrecht“ des Windenergieerlasses können hier zustimmungspflichtige Lösungen in der Einzelfallprüfung gefunden werden. Die Verringerung der Rodungsflächen auf ein unumgängliches Maß trägt wesentlich zur Vereinbarkeit des Vorhabens mit der Wald funktionsplanung bei. Die Rodungsfläche für Nebenanlagen und Zuwegungen kann durch mehrere planerische wie technische Lösungen minimiert werden, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planung der Windradstandorte unmittelbar an bestehenden Trassen und nicht im Bestand abseits der Forststraßen, Nutzung vorhandener Forstwege als Zufahrten und als Kranaufbau- und ggf. Kranstellfläche sowie Verlegung von Stromleitungen im Wegekörper. - Wahl möglichst kurzer und gerader Wegeverläufe im Wald. - Einsatz innovativer Turmtechnik und Transportlogistik wie z.B. senkrechter Rotortransport zur Minimierung von Kurvenradien. - Eine mögliche Beeinträchtigung der Erholungsfunktion durch Lärmimmissionen sollte durch die Herleitung von Lärmimmissionswerten und deren räumliche Verteilung insbesondere für den Erholungswald dargestellt werden. Solche Maßnahmen finden bisher im STFNP keine Erwähnung. Wir bitten deshalb um Ergänzung. <p>III. 3 Hinweise zur Sicherung der Waldwirtschaft bei WKA im Wald Zum Schutz der umliegenden Waldflächen, ihrer Bewirtschaftung und der Erholungsnutzung ist darauf hinzuwirken, Gefahren zu minimieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Um Personen vor Eisfall von der bei Eisanhang stillstehenden Windkraftanlage zu schützen, sind entsprechende Vorkehrungen vorzusehen. - In einem Brandschutzkonzept sollen Vorkehrungen zum Waldbrandschutz getroffen werden (z.B. Fernüberwachung, Alarmierungswege, Bekämpfungsmaßnahmen). <p>III. 4 Folgenutzung Nach endgültiger Stilllegung und Rückbau ist als Folgenutzung „Forstwirtschaft“ festzulegen.</p>	
16	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege	15.06.2023	<p>Bau- und Kunstdenkmalspflegerische Belange: Die vorgesehene 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Ebersberg — Teilflächennutzungsplan „Windkraft“ betrifft nicht nur die Kommune selbst, sondern auch angrenzende Kommunen (Grafing, Bruck etc.). Innerhalb der geplanten Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen liegen zwar keine Baudenkmäler, doch befinden sich mehrere landschaftsprägende Denkmäler in der Nähe der Konzentrationszonen: Ca. 2,5 km südöstlich von den Flächen 6 und 7 befinden sich in Ebersberg das Ensemble Marienplatz mit Kloster, sowie die beiden Baudenkmäler</p>	<p>Den Anregungen wird gefolgt, die Hinweise werden berücksichtigt. Die genannten Auswirkungen auf landschaftsprägende Denkmäler werden in der Abwägung berücksichtigt und im Umweltbericht als Auswirkungen auf Kultur- und Sachgüter dokumentiert. Ebenso werden die betroffenen Bodendenkmäler in KW C und KW D (in der Stellungnahme ist KW B genannt, durch das genannte Denkmal ist aber KW D betroffen) dargestellt und die entsprechenden Hinweise zum Umgang mit den Denkmälern – einschl. der Erlaubnispflicht nach Art 7 BayDSchG - im Rahmen der Umsetzung einer Planung in der Begründung und im Umweltbericht</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Ehem. Jesuitenkolleg und Ehem. Stifts- und Wallfahrtskirche St. Sebastian. Sie sind mit folgenden Texten in die Denkmalliste eingetragen: „Der historisch gewachsenen Ebersberger Klosterbezirk mit dem Klostermarkt, dem heutigen Marienplatz, bildet ein Ensemble. Die Ursprünge der Siedlung liegen am Schlossplatz, wo die Grafen von Sempt-Ebersberg im 9. Jahrhundert an strategisch günstiger Stelle auf einem Hang über dem E-brachtal eine Burg anlegten. Eine erste Kirche wurde 880 erbaut, der Nachfolgerbau entstand schon 934 durch den Grafen Eberhard I., dessen Vater 911 ein Hauskloster gestiftet und mit Augustiner-Kanoniker besiedelt hatte. Während der langen Herrschaft des Grafen Ulrich von Sempt-Ebersberg (969-1029) verlagerte sich die Bedeutung des jungen Burgortes. Um 1013 war das Kloster den Benediktinern übergeben worden, die bis 1055 die Burg und alle Güter, einen Teil des Forstes und einige Dörfer ererbt hatten. Mitte des 12. Jahrhunderts entstanden neue Konventsbauten nördlich der Kirche am Platz der ehemaligen Burg, in der gleichen Zeit wird Ebersberg auch erstmals als Markt genannt. Die Entwicklung zum Markort, den Handwerker besiedelten, wurde durch das Aufblühen der Ebersberger Sebastianswallfahrt wesentlich begünstigt. Der geschlossen bebaute eigentliche Marktplatz (Marienplatz), ein unregelmäßiges Längsrechteck, entstand durch Erweiterung der westöstlichen alten Durchgangsstraße von München nach Wasserburg. Gegen das Kloster war er durch den Burggraben getrennt, an dessen Lage und zugehöriges ehemaliges Torhaus die freistehende Baugruppe Bahnhofstraße 1 noch erinnert. Der Platz wird von dem mächtigen spätgotischen ehemaligen Hofwirthaus des Klosters, dem heutigen Rathaus, beherrscht, das die schmale Westseite einnimmt und abschließt. Die beiden Längsseiten sind geschlossen mit wechselweise giebel- und traufseitigen Wohn- und Geschäftshäusern bebaut. Sie verfügen meist über Fassadengestaltungen des Spätbarock, Biedermeier und der Gründerzeit, ihre Baukerne sind jedoch öfter älter. Der Platz des "Neuwirts", Marienplatz 12, bezeichnet die Stelle, auf der sich bis 1806 die alte Ebersberger Pfarrkirche erhob. Die 1913 vor dem Rathaus aufgestellte Mariensäule verleiht dem Platzbild einen besonderen Akzent. Die mittelalterlichen Klosteranlagen und die Stiftskirche wurden bis zur Aufhebung der geistlichen Herrschaft 1808 mehrfach ausgebaut und erneuert. Nach dem großen Brand von 1305 entstand bis 1312 die Stiftskirche, die Teile des romanischen Baues bewahrte. 1484 wurde ihr Langhaus als Halle neu errichtet. 1596 wurde das Kloster von den Jesuiten übernommen, welche die Kirche und die Klostertrakte barockisierten und der Anlage den Charakter</p>	<p>ergänzt. Die obertägig sichtbaren Bodendenkmäler werden als weiche Ausschlusskriterien berücksichtigt. Die Konzentrationszonen KW C und KW D werden dadurch geringfügig verkleinert.</p> <p>Im Übrigen führen die beschriebenen Auswirkungen nach Auffassung der Stadt Ebersberg nicht zu einer Betroffenheit der Denkmalschutzbelange, die zu einem Ausschluss weiterer Flächen führen muss. Eine Änderung ist darüber hinaus somit nicht veranlasst.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>einer Residenz gaben. Ihnen folgten 1781 bis 1808 die Malteser. Durch sie erhielt nach einem Brand die Residenz ihren klassizistischen Charakter und der weit in das Umland wirkende romanische Stiftskircheturm seine charakteristische Kuppelhaube.“</p> <p>„Ehem. Jesuitenkolleg, sog. Residenz, dreigeschossiger langgestreckter Putzbau mit Satteldach, von Michael Beer und Johann Moosbrugger, 1666 auf der Grundlage des mittelalterlichen Benediktinerklosters, erneuert nach Brand 1781 und im 19. Jh.“</p> <p>„Ehem. Stifts- und Wallfahrtskirche St. Sebastian, jetzt kath. Pfarrkirche, dreischiffiger spätgotischer Hallenbau mit stark eingezogenem Langchor, angefügter zweigeschossiger Sakristei, gotische Eingangshalle und südlichem Fassadenturm, von Ulrich Randeck 1481-84 unter Einbeziehung des Vorgängerbaus, barocker Umbau 1733/34, erneuert 1785, Sebastianskapelle von Heinrich Mayr 1668, Turmuntergeschosse um 1230, Obergeschosse und Turmhelm von 1783; mit Ausstattung; Kapelle, verputzter Nischenbau, bez. 1666.“</p> <p>Ca. 3,7 km südlich von Fläche 4 befindet sich in Alxing die Kath. Filialkirche St. Michael sowie in 4,2 km Entfernung in Unterelkofen das Schloss Elkofen.</p> <p>„Kath. Filialkirche St. Michael, Saalbau mit eingezogenem Polygonalchor, angefügter zweigeschossiger Sakristei und südlichem Flankenturm mit barockisierendem Spindelhelm, unverputzter Tuffstein, Neubau 1858, Chor und Turmunterbau spätgotisch; mit Ausstattung; Friedhofsmauer aus Tuffstein, 18. Jh.“</p> <p>„Höhenburganlage, sog. Schloss Elkofen, begonnen im 11. Jh., bestehend aus oberem Burghof mit Bergfried, Palas, Kemenate, Dürnitzstock und Wehrgang, meist spätgotisch, 14.-16. Jh., teilweise Neubau durch Gabriel von Seidl 1885, Vorburg mit Schlosskapelle St. Georg von 1516, Toreinfahrten und Nebengebäuden meist des 17. Jh., z. T. neu gestaltet und erweitert im 19. Jh.; Burgbefestigung mit ehem. Wassergraben und Auffahrten.“</p> <p>Mit Blick auf das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren zur Anpassung des BayDSchG — insbesondere betreffend die Möglichkeiten für die Errichtung von Windkraftanlagen im Nähebereich von Baudenkmälern — kann im vorliegenden Fall leider noch keine abschließende denkmalfachliche Stellungnahme abgegeben werden. Es erscheint jedoch wahrscheinlich, dass in der hier gegebenen Konstellation Belange des Denkmalschutzes zukünftig von Gesetzes wegen nicht mehr betroffen sein werden.</p> <p>Bodendenkmal pflegerische Belange:</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Im Planungsgebiet befinden sich nach unserem derzeitigen Kenntnisstand folgende Bodendenkmäler:</p> <p>Obertägig sichtbare Bodendenkmäler im Bereich der Planung</p> <p>Die Errichtung von Anlagen in der Nähe von Bodendenkmälern, die ganz oder zum Teil über der Erdoberfläche sichtbar sind, bedarf einer Erlaubnis, wenn sich dies auf Bestand oder Erscheinungsbild eines dieser Bodendenkmäler auswirken kann (Art. 7.1 und 7.4 BayDSchG).</p> <p>Obertägig sichtbare Bodendenkmäler sind als Elemente der historischen Kulturlandschaft besonders schützenswert. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege steht einer Überplanung dieser Bodendenkmäler daher generell ablehnend gegenüber.</p> <p>Wir bitten ausdrücklich darum von einer Überplanung obertägig; sichtbarer Denkmäler Abstand zu nehmen.</p> <p>Obertägig sichtbares Bodendenkmal in der Fläche KW_B D-1-7837-0198 „Verebnete Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung“</p> <p>Obertägig sichtbares Bodendenkmal in der Fläche KW_C D-1-7837-0179 "Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung" D-1-7837-0191 „Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung“</p> <p>Im Umfeld dieser Grabhügel sind weitere Flachgräber und bisher noch nicht erkannte Grabhügel zu vermuten.</p> <p>Es ist daher erforderlich, die genannten Bodendenkmäler nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in den Flächennutzungsplan zu übernehmen, in der Begründung aufzuführen sowie auf die besonderen Schutzbestimmungen hinzuweisen (§ 5 Abs. 4-5 BauGB) und im zugehörigen Kartenmaterial ihre Lage und Ausdehnung zu kennzeichnen (PlanzV 90 14.3).</p> <p>Die aktuellen Denkmalflächen können durch den WMS-Dienst heruntergeladen werden.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass Bodendenkmäler nicht nur im eigentlichen Baufeld der Windkraftanlagen selbst, sondern auch durch die Leitungen und die Zuwegung, falls bestehende Wege für den Transport großer Bauteile verbreitert werden, betroffen sein können. Auch Rodungen im Vorfeld der Baumaßnahme bedürfen ggf. einer archäologischen Begleitung.</p> <p>Um Verzögerungen zu vermeiden empfehlen wir eine frühzeitige Beteiligung im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens, der Rodungserlaubnis und des landschaftspflegerischen Begleitplans (BodendenkmalOB@blfd.bayern.de).</p> <p>Im Umfeld von bekannten Bodendenkmälern, wie beispielsweise vorgeschichtlichen Grabhügelgruppen, sind oftmals weitere, bisher unbekannte</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Bodendenkmäler zu vermuten. Planungen im Nähebereich bedürfen daher der Absprache mit den Denkmalbehörden und ggf. einer denkmalrechtlichen Erlaubnis nach Art. 7.1 BayDSchG.</p> <p>Informationen hierzu finden Sie unter: https://www.blfd.bayern.de/mam/information und service/publikationen/denk malpflege-themen denkmalvermutung-bodendenkmalpflege 2016.pdf</p> <p>Wir weisen bereits in diesem frühen Stadium der Planung darauf hin, dass im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis gemäß Art. 7 Abs. 1 BayDSchG bedürfen.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Denkmäler sind gern. Art. 1 BayDSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt aus Sicht des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege Priorität. Weitere Planungsschritte sollten diesen Aspekt bereits berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabweisbar notwendige Mindestmaß beschränken.</p> <p>Eine Orientierungshilfe bietet der öffentlich unter http://www.denkmal.bayern.de zugängliche Bayerische Denkmal-Atlas. Darüber hinaus stehen die digitalen Denkmaldaten für Fachanwender als Web Map Service (WMS) zur Verfügung und können so in lokale Geoinformationssysteme eingebunden werden. Die URL dieses Geowebdienstes lautet: https://Jgeoservices.bayern.de/wms/vl/ogc denkmal.c ; i Bitte beachten Sie, dass es sich bei o.g. URL nicht um eine Internetseite handelt, sondern um eine Schnittstelle, die den Einsatz entsprechender Software erfordert.</p> <p>Die mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern abgestimmte Rechtsauffassung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege zur Überplanung von (Boden-) Denkmälern entnehmen Sie bitte unserer Homepage: https://www.blfd.bayern.de/nnam/information und service.fachanwender rechtliche trundlagen überplanung bodendenkmaeler.pdf</p> <p>(Rechtliche Grundlagen bei der Überplanung von Bodendenkmälern)</p> <p>Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.</p> <p>Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege oder Bodendenkmalpflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalpflege (www.blfd.bayern.de).</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
27	Deutsche Telekom Technik GmbH	25.05.2023	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH ist Betreiberin eines bundesweiten Telekommunikationsnetzes, über das Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit erbracht werden. Sie hat Eigentum und Funktionsherrschaft über das Telekommunikationsnetz (TK-Netz) in der Bundesrepublik Deutschland im Wege der Ausgliederung gem. § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG von der Deutschen Telekom AG übernommen, deren 100%-ige Tochtergesellschaft sie ist. Die Ausgliederung wurde gem. § 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG mit Eintragung ins Handelsregister der Deutschen Telekom AG (HRB 6794, Amtsgericht Bonn) und der Telekom Deutschland GmbH (HRB 5919, Amtsgericht Bonn) wirksam. Mit Urkunde vom 18.03.2010 der Bundesnetzagentur wurde der Telekom Deutschland GmbH das Recht zur unentgeltlichen Nutzung von Verkehrswegen für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gem. § 125 Abs. 2 Telekommunikationsgesetz (TKG) übertragen. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Über gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zur Sicherung, Veränderung oder Verlegung der Telekommunikationslinien der Telekom können wir erst Angaben machen, wenn uns endgültige Baupläne mit entsprechender Erläuterung vorliegen.</p> <p>Sollte sich während der Baudurchführung ergeben, dass Telekommunikationslinien der Telekom im Betrachtungsgebiet nicht mehr zur Verfügung stehen, bzw. verändert werden müssen, sind uns die durch den Ersatz dieser Anlagen entstehenden Kosten zu erstatten.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien</p>	<p>Zur Kenntnisnahme</p> <p>Die Hinweise der Telekom Technik GmbH beziehen sich auf die nachfolgende Erschließungsplanung. Die Hinweise werden entsprechend in der Begründung dokumentiert. Darüber hinaus ist eine Änderung der Planung nicht veranlasst.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Die Sparten Auskunft erreichen Sie unter: https://trassenauskunftkabel.telekom.de oder Planauskunft.Sued@telekom.de .	
32	Bayernwerk Netz GmbH	06.06.2023	<p>Im Geltungsbereich befinden sich flächennutzungsplanrelevante Versorgungseinrichtungen der Bayernwerk Netz GmbH. Gegen die Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Zu unseren Anlagen nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>110-kV-Anlagen</p> <p>Im Geltungsbereich verlaufen die 110-kV-Freileitungen Neufinsing - Ebersberg, Ltg. Nr. J200, und die 110-kV-Freileitungen Ebersberg - Tattenhausen (-Marienberg), Ltg. Nr. J205, beide mit einer Leitungsschutzzone von jeweils 27,50 m beiderseits der Leitungsachse. Die Richtigkeit des Leitungsverlaufes auf dem beiliegenden Lageplan ist ohne Gewähr. Maßgeblich ist der tatsächliche Leitungsverlauf in der Natur.</p> <p>Die Abstände der geplanten Windkraftanlagen zu Freileitungen sind in der Norm DIN EN 50341-2-4, in der gültigen Fassung, geregelt. Sie sind mit den bereits vorher angewandten VDEW-Empfehlungen identisch. Diese Abstände sollen bereits bei der Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen berücksichtigt werden.</p> <p>Der Abstand zu Windenergieanlagen muss mindestens die Leitungsschutzzone der Leitung und den halben Rotordurchmesser betragen. Daraus ergibt sich eine Mindestschutzbreite von jeweils 107,50 m. Zu dieser Schutzzone kommt zusätzlich der benötigte Arbeitsraum, der für die Aufstellung der Windenergieanlage benötigt wird.</p> <p>Der benötigte Arbeitsraum ist projektbezogen vom Antragsteller/Windenergieanlagenbetreiber anzugeben und anschließend zwischen dem Freileitungsbetreiber, hier der Bayernwerk Netz GmbH, und dem Antragsteller/Windenergieanlagenbetreiber zu vereinbaren.</p> <p>Befindet sich die Hochspannungsfreileitung innerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage, muss gemäß DIN EN 50341 ein Mindestabstand von $> 3 \times$ Durchmesser des Rotors zum äußersten ruhenden Leiterseil der Freileitung eingehalten werden. Bei dem Angegebenen Rotordurchmesser von 160 m, ergibt sich daraus ein Mindestabstand von jeweils 480 m beiderseits der Leitungsachse.</p>	<p>Die Hinweise werden teilweise berücksichtigt.</p> <p>Die Vorgaben zum Schutz der Hochspannungsfreileitungen werden in den Planunterlagen ergänzt. Gemäß den Ausführungen der Stellungnahme beträgt der als harte Ausschlusskriterium einzustufende erforderliche Abstand die Leitungsschutzzone von 27,5 m beidseits + 0,5* Rotordurchmesser. Darüber hinaus können Abstände zum Schutz vor Nachlaufströmung erforderlich werden. Die Leitungen verlaufen innerhalb von Schutzbereichen von Siedlungen, sodass sich zusätzliche Schutzabstände erübrigen und die genannten harten Ausschlusskriterien einbezogen werden und die übrigen Informationen als Hinweise in die Planunterlagen aufgenommen werden.</p> <p>Zu den 20 KV-Leitungen werden Anforderungen definiert, die über die Vorgaben für 110 KV-Leitungen hinaus gehen, Informationen zum Leitungsverlauf wurden indes nicht beigelegt. Die Hinweise zu ggf. erforderlichen Schutzmaßnahmen werden daher in die Begründung aufgenommen, Schutzabstände als Ausschlusskriterien können dabei nicht konkretisiert werden.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Dieser vorgenannte Abstand kann auf einen Mindestabstand von $> 1 \times$ Rotordurchmesser zwischen dem äußeren ruhenden Leiterseil einer 110-kV-Leitung und der ungünstigsten Stellung der Rotorblattspitze bzw. den oben genannten Mindestabstand zu Windenergieanlagen verringert werden, wenn die Leiterseile der Freileitung mit schwingungsdämpfenden Maßnahmen ausgerüstet sind oder der Nachweis erbracht wird, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt.</p> <p>Die Nachrüstungen der Schwingungsdämpfer wird vom Leitungsbetreiber ausgeführt werden. Die hierbei anfallenden Kosten hat jedoch der Bauherr der Windenergieanlage als Veranlasser zu tragen.</p> <p>In jedem Fall muss die Zulässigkeit einer Windkraftanlage, die in der Nähe einer Freileitung (Abstand $5 \times 3 \times$ Rotordurchmesser bei der ungünstigsten Stellung der Rotorblattspitze zum äußeren ruhenden Leiterseil einer 110-kV-Leitung) errichtet wird, im Einzelfall von uns geprüft werden.</p> <p>Wir bitten Sie, die Trasse der Hochspannungsleitungen mit der dazugehörigen Schutzzone den beiliegenden Plänen in den Flächennutzungsplan zu übernehmen.</p> <p>Weiterhin bitten wir, bei der künftigen Entwicklung des Flächennutzungsplans folgende Hinweise bezüglich der Hochspannungsfreileitung zu beachten:</p> <p>Der Bestand, der Betrieb und die Unterhaltung der bestehenden Anlagen ist zu gewährleisten. Zu Unterhaltungsmaßnahmen zählen u.a. Korrosionsschutzarbeiten, Arbeiten zur Trassenfreihaltung von betriebsgefährdendem Aufwuchs sowie die Erneuerung, Verstärkung oder ein durch Dritte veranlasseter Umbau der Leitungen auf gleicher Trasse unter Beibehaltung der Schutz-zonen.</p> <p>Einer Bepflanzung mit hochwachsenden Bäumen und Sträuchern innerhalb der Leitungsschutz-zonen können wir nicht zustimmen. Die maximale Aufwuchshöhe ist in jedem Fall mit der Bayernwerk Netz GmbH abzustimmen. Außerhalb der Schutz-zonen sind Bäume so zu pflanzen, dass diese bei Umbruch nicht in die Leiterseile fallen können.</p> <p>In diesem Zusammenhang machen wir bereits jetzt darauf aufmerksam, dass diejenigen Bäume oder Sträucher, die in den Mindestabstandsbereich der Hochspannungsleitung wachsen oder bei Umbruch geraten können, durch den Grundstückseigentümer entschädigungslos zurückgeschnitten oder entfernt werden müssen bzw. auf Kosten des Grundstückseigentümers vom Leitungsbetreiber entfernt werden.</p> <p>Infolge der sich verändernden Erzeugungsstandorte ist zu beachten, dass hierdurch das bestehende Leitungsnetz von Veränderungen betroffen werden</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>kann. Insbesondere durch den Anschluss von dezentralen Anlagen der Erneuerbaren Energien kann es notwendig werden, das Leitungsnetz entsprechend anzupassen.</p> <p>20-kV Freileitungen</p> <p>Nur bei Einhaltung eines Sicherheitsabstandes von mindestens drei Rotor-durchmessern von den äußeren Konturen der Windenergieanlage (Rotorblattspitzen) zum nächstgelegenen, ruhenden Leiterseil unserer Freileitung können wir der Errichtung der Windenergieanlage ohne Einschränkungen zustimmen.</p> <p>Anlage: 1 Plan</p>	
42	LBV	31.05.2023	<p>Der LBV begrüßt die Suche und Ausweisung von Konzentrationsgebieten für WEA.</p> <p>In den notwendigen, nachfolgenden Einzelfallprüfungen werden wir gesondert Stellung beziehen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme</p> <p>Es sind keine Ergänzungen erforderlich.</p>
45	Stadt Ebersberg, Abfall und Umweltberatung	22.06.2023	<p>Aus Sicht des Sachgebietes Abfall und Umwelt gibt es zur vorliegenden Planung keine Anmerkungen oder Einwände.</p> <p>Allerdings möchten wir auf folgenden Fehler unter „B.8 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete“ hinweisen: Hier ist von benachbarten Planungen der Stadt Höhenkirchen-Siegertsbrunn die Rede, diese ist aber keine Nachbargemeinde von Ebersberg.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Die Angabe in der Begründung wird korrigiert.</p>
47	Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	14.06.2023	<p>Als Besteller der Schienenpersonennahverkehrsleistungen in Bayern haben wir im Rahmen unserer Zuständigkeit den Teilflächennutzungsplan geprüft.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass aktuell im Rahmen des Programms „Bahnausbau Region München“ des Freistaats auf dem Abschnitt Grafing Bahnhof — Ebersberg ein zweigleisiger Ausbau untersucht wird. Diese Planungen enthalten auch einen neuen Verkehrshalt „Ebersberg Süd“. Der Teilflächennutzungsplan darf dem generellen Ausbau der Strecke 5710 nicht entgegenstehen.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Die Bahnschienen liegen in einiger Entfernung zu den ausgewiesenen Konzentrationszonen, sodass nicht von einer Betroffenheit durch den Ausbau auszugehen ist. Die Informationen werden in der Begründung ergänzt.</p>
51	Bundesnetzagentur	25.05.2023	<p>Auf Grundlage Ihrer Angaben wurde von uns eine Überprüfung des o. g. Gebiets auf Beeinträchtigungen von funktechnischen Einrichtungen wie Richtfunkstrecken, Radaren, radioastronomischen Einrichtungen sowie Funkmessstellen der Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführt. Durch rechtzeitige Einbeziehung ihrer Betreiber in die weitere Planung sollen Störungen vermieden werden.</p> <p>Folgende Betreiber sind im Plangebiet aktiv: BETREIBER RICHTFUNK: Ericsson Services GmbH Prinzenallee 21</p>	<p>Beteiligung Richtfunkbetreiber prüfen</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Die genannten Richtfunkbetreiber werden bzw. wurden bereits am Bauleitplanverfahren beteiligt. Die jeweiligen Informationen werden in die Planung einbezogen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>40549 Düsseldorf Deutschland Eurofins Genomics Europe Shared Services GmbH Anzinger Straße 7a 85560 Ebersberg Deutschland Finanzamt Ebersberg Schloßplatz 1-3 85560 Ebersberg Deutschland Telefónica Germany GmbH & Co. OHG Georg-Brauchle-Ring 50 80992 München Deutschland Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf Deutschland BETREIBER RADARE: Es sind keine Radare betroffen. BETREIBER RADIOASTRONOMIE: Es sind keine Radioastronomie Stationen betroffen. FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA: Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen. Hinweise zum Beteiligungsverfahren der Bundesnetzagentur Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung Nutzen Sie bitte immer für die Beteiligung der Bundesnetzagentur das auf der Internetseite verfügbare 'Formular Bauleitplanung', welches Sie unter folgendem Link direkt herunterladen können. www.bundesnetzagentur.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Frequenzen/Firmennetze/FormularRichtfunk.pdf Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formular zusammen mit den zugehörigen Planungsunterlagen immer an die folgende E-Mail-Adresse. 226.Postfach@BNetzA.de</p>	
53	Telefonica	16.06.2023	<p>Aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden: durch das Plangebiet führen zweiundzwanzig Richtfunkverbindungen hindurch</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die relevanten Richtfunktrassen (gelb dargestellt) werden einschließlich der Schutzanforderungen in die Begründung als Hinweis aufgenommen. Die Trassen verlaufen weit außerhalb der dargestellten Konzentrationszonen, eine Änderung der Planung wird nicht ausgelöst.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
			<div><div>STELLUNGSNAHME / (1338) Stadt Ebersberg, Lkr. Ebersberg - Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft</div><div>RICHTFUNKTRASSEN</div><div>Die darin enthaltenen Funkverbindungen kann man sich als horizontal liegende Zylinder mit jeweils einem Durchmesser von bis zu mehreren Metern vorstellen.</div><table><thead><tr><th colspan="2">Richtfunkverbindung</th><th colspan="3">A-Standort in WGS84</th><th colspan="2">Höhen</th><th colspan="3">B-Standort in WGS84</th><th colspan="2">Höhen</th></tr><tr><th>Linknummer A-Standort B-Standort</th><th>Grad</th><th>Min</th><th>Sek</th><th>Grad</th><th>Min</th><th>Sek</th><th>Antenne a. Gelände</th><th>Gesamt</th><th>Grad</th><th>Min</th><th>Sek</th><th>Grad</th><th>Min</th><th>Sek</th><th>Antenne a. Gelände</th><th>Gesamt</th></tr></thead><tbody><tr><td>510558715 589992180 589992002</td><td>48° 5' 45,44" N</td><td></td><td></td><td>11° 57' 28,67" E</td><td></td><td></td><td>574</td><td>12</td><td>586</td><td>48° 5' 46,43" N</td><td></td><td>11° 57' 37,91" E</td><td></td><td></td><td>575</td><td>14</td><td>589</td></tr><tr><td>510558716 589992180 589992002</td><td>Wie Link 510558715</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510557286 589993049 589992391</td><td>48° 8' 38,7" N</td><td></td><td></td><td>12° 4' 18,00" E</td><td></td><td></td><td>626</td><td></td><td>626</td><td>48° 5' 21" N</td><td></td><td>12° 0' 22" E</td><td></td><td></td><td>576</td><td></td><td>576</td></tr><tr><td>510557287 589993049 589992391</td><td>Wie Link 510557286</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510558862 589993049 589991418</td><td>48° 8' 38,7" N</td><td></td><td></td><td>12° 4' 18,00" E</td><td></td><td></td><td>626</td><td>52,2</td><td>678,2</td><td>48° 2' 39,01" N</td><td></td><td>11° 50' 18,99" E</td><td></td><td></td><td>543</td><td>23</td><td>566</td></tr><tr><td>510558863 589993049 589991418</td><td>Wie Link 510558862</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510552772 589993049 589992383</td><td>48° 8' 38,7" N</td><td></td><td></td><td>12° 4' 18,00" E</td><td></td><td></td><td>626</td><td></td><td>626</td><td>48° 3' 49" N</td><td></td><td>12° 1' 12" E</td><td></td><td></td><td>592</td><td></td><td>592</td></tr><tr><td>510552773 589993049 589992383</td><td>Wie Link 510552772</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>51055294 589991029 589990007</td><td>48° 0' 39,89" N</td><td></td><td></td><td>11° 49' 55,51" E</td><td></td><td></td><td>652</td><td>50,1</td><td>702,1</td><td>48° 4' 34,28" N</td><td></td><td>11° 57' 34,57" E</td><td></td><td></td><td>583</td><td>25,6</td><td>608,6</td></tr><tr><td>51055295 589991029 589990007</td><td>Wie Link 51055294</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>51055412 589990007 589994977</td><td>48° 4' 34,28" N</td><td></td><td></td><td>11° 57' 34,57" E</td><td></td><td></td><td>583</td><td>26,2</td><td>609,2</td><td>48° 2' 51,80" N</td><td></td><td>11° 57' 49,77" E</td><td></td><td></td><td>523</td><td>22,13</td><td>545,13</td></tr><tr><td>51055814 589990007 589994977</td><td>Wie Link 51055412</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>51055379 589991891 589990007</td><td>48° 4' 53,25" N</td><td></td><td></td><td>12° 5' 36,58" E</td><td></td><td></td><td>506</td><td>35,6</td><td>541,6</td><td>48° 4' 34,28" N</td><td></td><td>11° 57' 34,57" E</td><td></td><td></td><td>583</td><td>25,6</td><td>608,6</td></tr><tr><td>51055384 589991891 589990007</td><td>Wie Link 51055379</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510551081 589991029 589992141</td><td>48° 0' 39,89" N</td><td></td><td></td><td>11° 49' 55,51" E</td><td></td><td></td><td>652</td><td>50,7</td><td>702,7</td><td>48° 4' 35,11" N</td><td></td><td>11° 57' 40,77" E</td><td></td><td></td><td>580</td><td>27,78</td><td>607,78</td></tr><tr><td>510551082 589991029 589992141</td><td>Wie Link 510551081</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510557166 589992141 589991295</td><td>48° 4' 35,11" N</td><td></td><td></td><td>11° 57' 40,77" E</td><td></td><td></td><td>580</td><td>24,38</td><td>604,38</td><td>48° 1' 7,32" N</td><td></td><td>11° 57' 52,16" E</td><td></td><td></td><td>537</td><td>48</td><td>585</td></tr><tr><td>510557167 589992141 589991295</td><td>Wie Link 510557166</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510559634 589992141 589994977</td><td>48° 4' 35,11" N</td><td></td><td></td><td>11° 57' 40,77" E</td><td></td><td></td><td>580</td><td>28,38</td><td>608,38</td><td>48° 2' 51,80" N</td><td></td><td>11° 57' 49,77" E</td><td></td><td></td><td>523</td><td>22,13</td><td>545,13</td></tr><tr><td>510559635 589992141 589994977</td><td>Wie Link 510559634</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>510559632 589991891 589992141</td><td>48° 4' 53,25" N</td><td></td><td></td><td>12° 5' 36,58" E</td><td></td><td></td><td>506</td><td>35,6</td><td>541,6</td><td>48° 4' 35,11" N</td><td></td><td>11° 57' 40,77" E</td><td></td><td></td><td>580</td><td>28,28</td><td>608,28</td></tr><tr><td>510559633 589991891 589992141</td><td>Wie Link 510559632</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table><div><div>Legende</div><div>In Betrieb</div><div>In Planung</div></div></div> <div><div>Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beifolgend zur E-Mail ein digitales Bild, welches den Verlauf unsere Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung verdeutlichen sollen.</div><div><div>Stadt Ebersberg, Lkr. Ebersberg - Sachlicher Teil-FNP Windkraft</div></div></div> <div><div>Die farbigen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.</div><div>Die Linien in Magenta und Rot haben für Sie keine Relevanz.</div><div>Man kann sich diese Telekommunikationslinie als einen horizontal über der Landschaft verlaufenden Zylinder mit einem Durchmesser von rund 30-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegende Skizze mit Einzeichnung des Trassenverlaufes. Alle geplanten Konstruktionen und notwendige Baukräne dürfen nicht in die</div></div>	Richtfunkverbindung		A-Standort in WGS84			Höhen		B-Standort in WGS84			Höhen		Linknummer A-Standort B-Standort	Grad	Min	Sek	Grad	Min	Sek	Antenne a. Gelände	Gesamt	Grad	Min	Sek	Grad	Min	Sek	Antenne a. Gelände	Gesamt	510558715 589992180 589992002	48° 5' 45,44" N			11° 57' 28,67" E			574	12	586	48° 5' 46,43" N		11° 57' 37,91" E			575	14	589	510558716 589992180 589992002	Wie Link 510558715																	510557286 589993049 589992391	48° 8' 38,7" N			12° 4' 18,00" E			626		626	48° 5' 21" N		12° 0' 22" E			576		576	510557287 589993049 589992391	Wie Link 510557286																	510558862 589993049 589991418	48° 8' 38,7" N			12° 4' 18,00" E			626	52,2	678,2	48° 2' 39,01" N		11° 50' 18,99" E			543	23	566	510558863 589993049 589991418	Wie Link 510558862																	510552772 589993049 589992383	48° 8' 38,7" N			12° 4' 18,00" E			626		626	48° 3' 49" N		12° 1' 12" E			592		592	510552773 589993049 589992383	Wie Link 510552772																	51055294 589991029 589990007	48° 0' 39,89" N			11° 49' 55,51" E			652	50,1	702,1	48° 4' 34,28" N		11° 57' 34,57" E			583	25,6	608,6	51055295 589991029 589990007	Wie Link 51055294																	51055412 589990007 589994977	48° 4' 34,28" N			11° 57' 34,57" E			583	26,2	609,2	48° 2' 51,80" N		11° 57' 49,77" E			523	22,13	545,13	51055814 589990007 589994977	Wie Link 51055412																	51055379 589991891 589990007	48° 4' 53,25" N			12° 5' 36,58" E			506	35,6	541,6	48° 4' 34,28" N		11° 57' 34,57" E			583	25,6	608,6	51055384 589991891 589990007	Wie Link 51055379																	510551081 589991029 589992141	48° 0' 39,89" N			11° 49' 55,51" E			652	50,7	702,7	48° 4' 35,11" N		11° 57' 40,77" E			580	27,78	607,78	510551082 589991029 589992141	Wie Link 510551081																	510557166 589992141 589991295	48° 4' 35,11" N			11° 57' 40,77" E			580	24,38	604,38	48° 1' 7,32" N		11° 57' 52,16" E			537	48	585	510557167 589992141 589991295	Wie Link 510557166																	510559634 589992141 589994977	48° 4' 35,11" N			11° 57' 40,77" E			580	28,38	608,38	48° 2' 51,80" N		11° 57' 49,77" E			523	22,13	545,13	510559635 589992141 589994977	Wie Link 510559634																	510559632 589991891 589992141	48° 4' 53,25" N			12° 5' 36,58" E			506	35,6	541,6	48° 4' 35,11" N		11° 57' 40,77" E			580	28,28	608,28	510559633 589991891 589992141	Wie Link 510559632																	
Richtfunkverbindung		A-Standort in WGS84			Höhen		B-Standort in WGS84			Höhen																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
Linknummer A-Standort B-Standort	Grad	Min	Sek	Grad	Min	Sek	Antenne a. Gelände	Gesamt	Grad	Min	Sek	Grad	Min	Sek	Antenne a. Gelände	Gesamt																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
510558715 589992180 589992002	48° 5' 45,44" N			11° 57' 28,67" E			574	12	586	48° 5' 46,43" N		11° 57' 37,91" E			575	14	589																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510558716 589992180 589992002	Wie Link 510558715																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510557286 589993049 589992391	48° 8' 38,7" N			12° 4' 18,00" E			626		626	48° 5' 21" N		12° 0' 22" E			576		576																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510557287 589993049 589992391	Wie Link 510557286																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510558862 589993049 589991418	48° 8' 38,7" N			12° 4' 18,00" E			626	52,2	678,2	48° 2' 39,01" N		11° 50' 18,99" E			543	23	566																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510558863 589993049 589991418	Wie Link 510558862																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510552772 589993049 589992383	48° 8' 38,7" N			12° 4' 18,00" E			626		626	48° 3' 49" N		12° 1' 12" E			592		592																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510552773 589993049 589992383	Wie Link 510552772																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
51055294 589991029 589990007	48° 0' 39,89" N			11° 49' 55,51" E			652	50,1	702,1	48° 4' 34,28" N		11° 57' 34,57" E			583	25,6	608,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
51055295 589991029 589990007	Wie Link 51055294																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
51055412 589990007 589994977	48° 4' 34,28" N			11° 57' 34,57" E			583	26,2	609,2	48° 2' 51,80" N		11° 57' 49,77" E			523	22,13	545,13																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
51055814 589990007 589994977	Wie Link 51055412																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
51055379 589991891 589990007	48° 4' 53,25" N			12° 5' 36,58" E			506	35,6	541,6	48° 4' 34,28" N		11° 57' 34,57" E			583	25,6	608,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
51055384 589991891 589990007	Wie Link 51055379																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510551081 589991029 589992141	48° 0' 39,89" N			11° 49' 55,51" E			652	50,7	702,7	48° 4' 35,11" N		11° 57' 40,77" E			580	27,78	607,78																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510551082 589991029 589992141	Wie Link 510551081																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510557166 589992141 589991295	48° 4' 35,11" N			11° 57' 40,77" E			580	24,38	604,38	48° 1' 7,32" N		11° 57' 52,16" E			537	48	585																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510557167 589992141 589991295	Wie Link 510557166																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510559634 589992141 589994977	48° 4' 35,11" N			11° 57' 40,77" E			580	28,38	608,38	48° 2' 51,80" N		11° 57' 49,77" E			523	22,13	545,13																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510559635 589992141 589994977	Wie Link 510559634																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510559632 589991891 589992141	48° 4' 53,25" N			12° 5' 36,58" E			506	35,6	541,6	48° 4' 35,11" N		11° 57' 40,77" E			580	28,28	608,28																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
510559633 589991891 589992141	Wie Link 510559632																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												

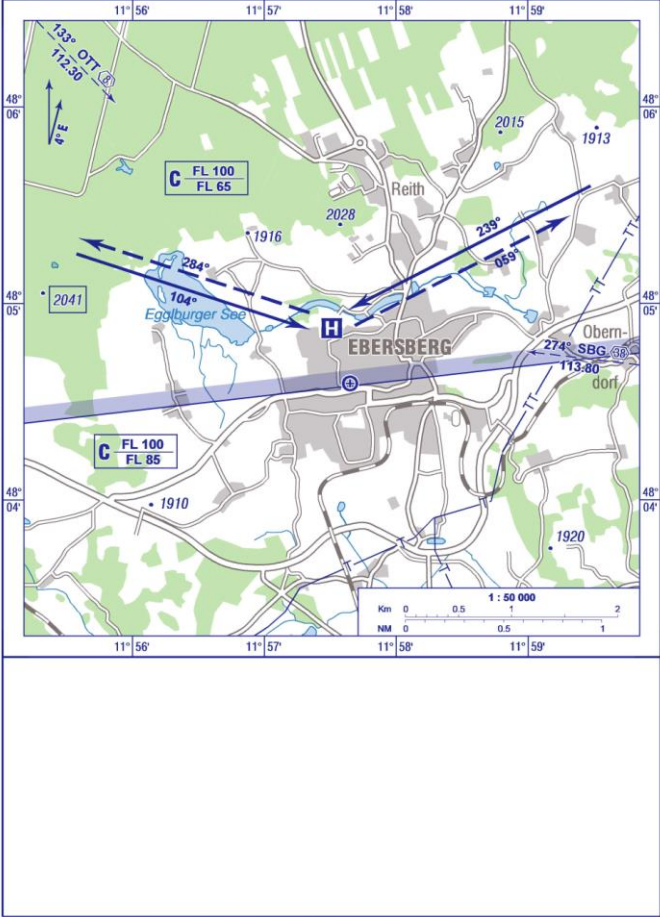
Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Richtfunktrasse ragen.</p> <p>Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrasse in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>Es muss daher ein horizontaler Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und ein vertikaler Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/- 15m eingehalten werden.</p> <p>Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.</p>	
55	Bayerisches Landesamt für Umwelt	21.06.2023	<p>Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatzfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren).</p> <p>Von den o.g. Belangen wird die Rohstoffgeologie berührt. Dazu geben wir folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Die Aussage „Die Stadt Ebersberg hat sich entschieden, Vorranggebiete für Bodenschätze im STFNP „Windkraft“ nicht als Ausschlussbereiche zu berücksichtigen“ (Begründung. S. 29) wird aus rohstoffgeologischer Sicht kritisch gesehen, obwohl im Weiteren ausgeführt wird, dass „die Errichtung von WEA (..) mit der vorrangigen Funktion (Abbau von Bodenschätzen) nicht vereinbar zu sein [scheint], soweit der Abbau der vorhandenen Bodenschätze noch nicht erfolgt ist. Im Anschluss an den Abbau, sind WEA als Nachfolgenutzung auf den Flächen jedoch denkbar.“</p> <p>Diese Aussage (erst Abbau, dann Windkraft) muss zwingend und dauerhaft Berücksichtigung finden, andernfalls kann seitens der Rohstoffgeologie keine Zustimmung zu der vorliegenden Planung erfolgen.</p> <p>Ein Überlappungskonflikt besteht insbesondere in Teilen der Konzentrationszone für Windkraft KW A mit dem Vorranggebiet Kies und Sand Nr. 300 bzw. den hier rechtskräftig ausgewiesenen Konzentrationsflächen für den Kiesabbau. Es handelt sich hier um eine bedeutsame Kies/Sand-Lagerstätte mit Rohstoffmächtigkeiten von ca. 20 m. Innerhalb der geplanten Konzentrationszone für Windkraft KW A liegen nicht nur ca. 3-4 ha bisher unverritzte Kiesareale (Stand Luftbild 08/2022), sondern auch aktuell in Abbau befindliche</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt</p> <p>Die Voraussetzungen für eine Nachnutzung der Vorranggebiete werden auf dem Planblatt sowie in der Begründung dargelegt. Weder soll das Vorranggebiet durch die Planung eingeschränkt werden noch durch die Ausweisung von Konzentrationszonen eine Nachfolgenutzung durch Windkraftanlagen verhindert werden. An dieser grundlegenden Systematik soll festgehalten werden.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Areale, Betriebsflächen zur Aufbereitung und Lagerung, ein Schlammteich und Bereiche, die sich aktuell in Verfüllung befinden.</p> <p>Da es sich ursächlich um ein Vorranggebiet für Bodenschätze handelt, sind unserer Meinung nach trotz der Nichtberücksichtigung als Ausschlussbereich die rechtlichen Ansprüche an ein Vorranggebiet zu wahren. So haben lt. Bayern.Recht „in Vorranggebieten andere Nutzungsansprüche gegenüber der Gewinnung von Bodenschätzen zurückzutreten“ (s. Bayern.Recht: 3.1.3 Regionalpläne). Das bedeutet, hier muss auch weiterhin langfristig ein uneingeschränkter Kiesabbau verbunden mit einer entsprechenden Aufbereitung möglich sein. Diese Aussage muss darüber hinaus auch bei der Platzierung von Windkraftanlagen nahe von aktuellen Abbauböschungen oder an Betriebsanlagen, Schlammteichen etc. Berücksichtigung finden (Rotor-Out!). Vor der Ausweisung ggf. notwendiger Ausgleichs- und CEF-Flächen (im weiteren Verfahren) ist die Rohstoffgeologie erneut zu beteiligen um potenzielle Konflikte mit Belangen der Rohstoffgeologie frühzeitig zu vermeiden.</p> <p>Bei weiteren Fragen zur Rohstoffgeologie wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Georg Büttner (Referat 105, Tel. 09281/1800-4751) oder Frau Anja Gebhardt (Referat 105, Tel. 09281/18004757).</p> <p>Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen des Landratsamtes Ebersberg (Untere Naturschutzbehörde und Untere Immissionsschutzbehörde).</p> <p>Die Belange der Wasserwirtschaft und des vorsorgenden Bodenschutzes werden vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim wahrgenommen. Diese Stellen beraten wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall.</p> <p>Der Regionsbeauftragte der Region München (14) und das Sachgebiet 24.2 Landes- und Regionalplanung in den Regionen Ingolstadt (10) und München (14) der Regierung von Oberbayern erhalten einen Abdruck dieses Schreibens.</p>	
56	Regierung von Oberbayern, Bergamt Südbayern	06.06.2023	<p>Gegen die im Betreff genannten Planungen der Stadt Ebersberg bestehen aus bergrechtlicher Sicht keine Einwendungen.</p> <p>Einen Hinweis bitten wir jedoch zu berücksichtigen. Auf dem Flurstück Nr. 1154, Gemarkung und Gemeinde Ebersberg befindet sich die ehemalige (verfüllte) Gas/Ölbohrung „Ebersberger Forst 1“. Für den Bereich um die verfüllte Bohrung besteht ein Überbauungsverbot im Umkreis von 5 m.</p> <p>Die Bohrung hat die folgenden UTM Koordinaten: 32U 720210.25, 5331874.00</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt</p> <p>Auf die kleinteiligen Beschränkungen bzw. Ausschluss erfolgt eine Darstellung in der Begründung.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
59	Regierung von Oberbayern, Luftamt Südbayern	07.06.2023	<p>Das Luftamt Südbayern nimmt zu den Belangen des zivilen Luftverkehrs wie folgt Stellung:</p> <p>1. Bauschutzbereich und ziviler Flugbetrieb: Die Konzentrationszonen Windkraft befinden sich außerhalb von Bauschutzbereichen von zivilen Flugplätzen und außerhalb von zivilen Kontrollzonen. Die An- und Abflugstrecken des Hubschraubersonderlandplatzes des Klinikums Ebersberg führen nicht durch oder entlang der Konzentrationszonen Windkraft, sodass es zu keinen Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des Flugbetriebs kommen kann (siehe auch Anlage 2). Ohne eine Überprüfung und Stellungnahme durch die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS, Adresse: Am DFS-Campus in 63225 Langen), die bei Bauwerken ab einer Höhe von 100 m ü. Grund (Regelfall bei Windkraftanlagen) im Genehmigungsverfahren verpflichtend zu beteiligen ist, kann vom Luftamt Südbayern zu den Auswirkungen auf den allgemeinen zivilen Flugbetrieb keine abschließende Bewertung vorgenommen werden. Das Luftamt Südbayern empfiehlt Ihnen deshalb die Beteiligung der DFS als Träger öffentlicher Belange, da das Luftamt Südbayern etwaige Belange der DFS (z. B. Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen aufgrund festgelegter Flugverfahren, etc.) nicht wahrnehmen kann. Eine Beteiligung der DFS mittels der E-Mail-Adresse anlagenschutz@dfs.de ist nicht ausreichend, da diese Unterabteilung der DFS nur Anlagenschutzbereiche (siehe Punkt 2) betrachtet und nicht den zivilen Flugbetrieb.</p> <p>2. Schutz von Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG): Vom Bauschutzbereich eines Flugplatzes und dem zivilen Flugbetrieb zu unterscheiden sind die Anlagenschutzbereiche der Flugsicherungseinrichtungen. Flugsicherungseinrichtungen befinden sich nicht nur in der Nähe von Flugplätzen, sondern verteilen sich auf dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Flugsicherungseinrichtungen sind z.B. UKW-Drehfunkfeuer (VOR), Entfernungsmessgeräte (DME) oder Radaranlagen. Bauwerke und Gelände in ihrer Umgebung können Störungen verursachen. Zum Schutz vor etwaigen Störungen sind um diese Flugsicherungseinrichtungen Schutzbereiche, sogenannte "Anlagenschutzbereiche" eingerichtet. Bauwerke, die innerhalb dieser Bereiche errichtet werden sollen, werden daraufhin geprüft, ob sie bei Flugsicherungseinrichtungen Störungen verursachen können. Nur weil ein Bauwerk innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, ist dessen Bau nicht per se ausgeschlossen, erfordert aber eine Prüfung und</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt Die Maßgaben zur Flugsicherung werden in der Begründung aufgeführt und entsprechend der Vorgaben in der Stellungnahme ergänzt.</p> <p>Die DFS wurde am Bauleitplanverfahren beteiligt und hat sich zur Planung geäußert (Vgl. Stellungnahme Nr. 60). Nach Rücksprache kann durch Windkraftanlagen innerhalb der Konzentrationszonen eine Betroffenheit ausgelöst werden, sodass eine Einzelfallprüfung im Rahmen von Genehmigungsanträgen erfolgt. Auf strategischer Ebene des vorliegenden STFNP Windkraft kann jedoch keine Differenzierung zwischen den Flächen vorgenommen werden, sodass eine Änderung nicht veranlasst ist.</p> <p>Das BAF sowie die genannten Stellen für Modellflugverkehr werden im weiteren Verfahren beteiligt. Das Bundesamt für Infrastruktur hat keine Einwände gegen die Planung geltend gemacht.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Entscheidung/Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) nach § 18a LuftVG. Ob ein Bauwerk innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, kann mit der interaktiven 2D-Karte und noch exakter mit der 3D-Vorprüfung auf der Homepage des BAF geprüft werden. Demnach befinden sich sämtliche Konzentrationsflächen Windkraft vollständig innerhalb eines zivilen Anlagenschutzbereichs für Flugnavigationsanlagen und die obigen Ausführungen sind zu beachten. Wir empfehlen deshalb dringend das BAF (Adresse: Robert-Bosch-Str. 28 in 63225 Langen) als Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufzufordern, da etwaige Interessen des BAF vom Luftamt Südbayern nicht wahrgenommen werden und eine Entscheidung nach § 18a LuftVG allein das BAF trifft.</p> <p>3. Modellfluggelände: Für Modellfluggelände liegt die Zuständigkeit ausschließlich bei zwei Verbänden, sodass wir dringend empfehlen, sie als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.</p> <p>DEUTSCHER MODELLFLIEGER VERBAND E.V. Rochusstraße 104 – 106 53123 Bonn 0228/ 97 85 011 www.dmfv.aero</p> <p>Modellflugsportverband Deutschland e.V. Im Kleifeld 9 31275 Ahlten 05132 5988-115 info@mfsd.de</p> <p>4. Bauwerke außerhalb des Bauschutzbereichs (§ 14 LuftVG): Jeder Standort unterliegt zudem allgemein den Anforderungen, die sich aus § 14 LuftVG ergeben. Nach § 14 Abs. 1 Satz 1 LuftVG darf die für die Erteilung einer Genehmigung zuständige Behörde die Errichtung von Bauwerken außerhalb des Bauschutzbereiches, die eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörde (Luftamt Südbayern) genehmigen. Die Windkraftanlagen bedürfen im Verfahren nach § 14</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>LuftVG stets einer Begutachtung durch die DFS gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG. Diese gibt Auskunft darüber, ob aus zivilen und militärischen Flugbetriebsgründen i. S. d. § 14 LuftVG Einwendungen bestehen.</p> <p>5. Militärische Belange: Für die aus militärisch-flugsicherungstechnischen Gründen erforderliche gutachtliche Stellungnahme gemäß § 18a LuftVG (Schutz der militärischen Flugsicherungseinrichtungen) und für die militärischen Belange in den Bereichen der Flugsicherung, des Flugbetriebs und der Freiheit von Luftfahrthindernissen in den Bauschutzbereichen der Militärflugplätze liegt die Zuständigkeit gemäß § 30 Abs. 2 Satz 4 LuftVG ausschließlich bei der militärischen Luftfahrtbehörde (Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr – Referat Infra I 3, Fontainengraben 200 in 53123 Bonn). Sie ist zudem zu beteiligen hinsichtlich der militärischen Schutzbereiche, der Infrastruktur und der Liegenschaften der Bundeswehr. Wir regen daher auch dringend deren Beteiligung an.</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Sichtflugkarte HEL Visual Operation Chart HEL ELEV 1885 EBERSBERG KREISKLINIK</p> <p>FIS LANGEN INFORMATION 126.950</p>  <p>04 JUN 2020 © DFS Deutsche Flugsicherung GmbH 1</p>	
		30.06.2023	<p>ich muss mich korrigieren. Nach Rücksprache mit der DFS können Sie mit der DFS per E-Mail:</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>anlagenschutz@dfs.de</p> <p>oder</p> <p>per Post: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH SIS/ND Am DFS-Campus 10 63225 Langen</p> <p>Kontakt aufnehmen.</p> <p>Das Missverständnis bestand darin, dass die DFS normalerweise die E-Mailadresse anlagenschutz@dfs.de nur für Anlagenschutzbereiche verwendet. Um eine Doppelregistrierung zu vermeiden, wird sie aber auch bei Stellungnahmen zu Bauleitplänen verwendet. Sollte dann auch der Flugbetrieb betroffen und eine Hindernisbetrachtung notwendig sein, wird der Vorgang innerhalb der DFS zur entsprechenden Stelle weitergeleitet und bearbeitet.</p>	
60	DFS Deutsche Flugsicherung	06.06.2023	<p>Durch oben genannte Plangebiete ist der Anlagenschutzbereich gem. § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) der folgenden Flugsicherungseinrichtung betroffen:</p> <p>- Großhaager Forst [GHF] - Geogr. Koordinaten (ETRS89): 48° 08' 09,26" N / 12° 03' 01,65" E; Höhe des Geländes 613,989 m ü. NN</p> <p>Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang- und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. § 18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang- und Eignungsgebieten entgegenstehen.</p> <p>Bei der Beurteilung des Vorhabens bezüglich der Betroffenheit von Anlagen der DFS wurden die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen berücksichtigt. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand Juni 2023. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. § 18 LuftVG einzureichen. Windenergieanlagen, die eine Bauhöhe von 100 m über Grund überschreiten, bedürfen gemäß § 14 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) der luftrechtlichen Zustimmung durch die Luftfahrtbehörde. Art und Umfang der Tag- und</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt</p> <p>Die Maßgaben zur Flugsicherung werden in der Begründung aufgeführt und entsprechend der Vorgaben in der Stellungnahme ergänzt.</p> <p>Nach Rücksprache (Tel. Auskunft Fr. Schoolmann 29.06.23) kann durch Windkraftanlagen innerhalb der Konzentrationszonen eine Betroffenheit ausgelöst werden, sodass eine Einzelfallprüfung im Rahmen von Genehmigungsanträgen erfolgt. Auf strategischer Ebene des vorliegenden STFNP Windkraft kann jedoch keine Differenzierung zwischen den Flächen vorgenommen werden, sodass eine Änderung nicht veranlasst ist. Ein Ausschluss auf der vorliegenden Planungsebene ist ebenfalls nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Nachtkennzeichnung wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von der Luftfahrtbehörde festgelegt.</p> <p>Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) unberührt.</p> <p>Die gemäß LuftVG angemeldeten Anlagenschutzbereiche orientieren sich an den Empfehlungen aus ICAO EUR DOC 015, 3. Ausgabe 2015. Aufgrund betrieblicher Erfordernisse kann der angemeldete Schutzbereich im Einzelfall von der Empfehlung des ICAO EUR DOC 015 abweichen (insbes. bei Radaranlagen). Für weitere Fragen zu den angemeldeten Anlagenschutzbereichen stehen wir oder das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.</p> <p>Hinweis: Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung stellt unter dem nachfolgenden Link eine interaktive Karte mit den aktuell gültigen Anlagenschutzbereichen verschiedener Flugsicherungsorganisationen gern. §18a LuftVG zur Verfügung.</p> <p>http://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz_node.html</p>	

aufgestellt:
 Nürnberg, 19.07.2023
 TB MARKERT

Adrian Merdes
 Stadtplaner ByAK